83. Sitzung

am Dienstag, dem 19. März 2002, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	5969	Dringlichkeitsantrag der Abg. Werner-Muggendorfer, Maget, Renate Schmidt, Schultz u. Frakt (SPD)	
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Kurt Eckstein, Stefan Jetz und Gerhard Hartmann	5969	Kinder und Beruf vereinbaren! (Drs. 14/8993) und	
Glückwünsche für den Abgeordneten Dr. Thomas Jung zu der Wahl zum Oberbürgermeister	5969	Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Unterländer, Kobler, Dinglireiter u. Frakt. (CSU)	
Glückwünsche für die Abgeordneten Josef Eppeneder, Georg Grabner, Eberhard Irlinger, Christian Knauer, Herbert Mirbeth, Armin Nentwig, Alfred Reisinger und Hermann Steinmaßl zu deren Wahl zum Landrat	5969	Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit (Drs. 14/8984)	
		Frau Renate Schmidt (SPD)	5970
		Unterländer (CSU)	5972
		Frau Schopper (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	5974
		Frau Staatsministerin Stewens	5975, 5985
		Schultz (SPD)	5977
		Dinglireiter (CSU)	5978
		Frau Werner-Muggendorfer (SPD)	5980
		Frau Dr. Fickler (CSU)	5980
		Frau Hirschmann (SPD)	5982
		Fischer (CSU)	5982
		Frau Radermacher (SPD)	5983
		Siegfried Schneider (CSU)	5984
Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Dr. Dürr, Elisabeth Köhler, Gote, Scharfenberg u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/8993 (s. a. Anlage 3)	5985, 5989
Entlassung des Staatsministers Eberhard Sinner (Drs. 14/8749)		Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/8994 (s. a. Anlage 4)	5986, 5989
(s. a. Anlage 1 – Beratung in der 82. Sitzung)	5969, 5972	Gesetzentwurf der Abg. Hufe, Hoderlein, Peters u. a. (SPD)	
und		zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes (Drs. 14/5613)	
Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Starzmann u. Frakt. (SPD)		– Zweite Lesung –	
Entlassung der Staatsminister Eberhard Sinner und Josef Miller – Neuordnung der entsprechenden Geschäftsbereiche (Drs. 14/8755)		Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 14/8930)	
(s. a. Anlage 2 – Beratung in der 82. Sitzung)	5969, 5972	Hufe (SPD)	5986
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD		Freiherr von Redwitz (CSU)	5988
„Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern“		Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5988
hierzu:		Beschluss	5989

Antrag der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 1999 (Drs. 14/5185)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/8894)

und

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 1999 für den Einzelplan 11 (Drs. 14/5454)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/8672)

Hartmann (SPD)	5989
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5991
Kupka (CSU)	5994

Beschluss zum Antrag der Staatsregierung 14/5185 5995

Beschluss zum Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes 14/5454 5996

Antrag der Abg. Maget, Wörner u. a. u. Frakt (SPD)

Stärkung des Verbraucherschutzes (Drs. 14/6886)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 14/8176)

Herbeirufung eines Mitglieds der Staatsregierung gemäß § 125 GeschO

Wörner (SPD)	5996, 5997, 6000
Herrmann (CSU)	5996
Kobler (CSU)	5998
Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6000

Beschluss 6000

Eingabe

betreffend **Änderung des Landesentwicklungsprogramms; Herausnahme der Trasse der A 94 im Isental** (LU.0356.14)

Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6000, 6002
Prof. Dr. Vocke (CSU)	6001
Frau Marianne Schieder (SPD)	6001

Namentliche Abstimmung (Bekanntgabe des Ergebnisses und Abstimmungsliste siehe Protokoll der 84. Sitzung) 6002

Schluss der Sitzung 6002

(Beginn: 15.05 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 83. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Denjenigen, die noch nicht gemerkt haben, dass wir die Sitzung schon aufgenommen haben, teile ich das noch einmal mit; vielleicht kann es beim zweiten Aufruf zur Kenntnis genommen werden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einige nachträgliche Glückwünsche aussprechen. Am 27. Februar feierte Herr Kollege Dr. Christoph Rabenstein einen runden Geburtstag. Am 12. März konnten Herr Kollege Kurt Eckstein und am 18. März Herr Kollege Stefan Jetz einen halbrunden Geburtstag begehen, und heute feiert der Kollege Gerhard Hartmann Geburtstag. Ich gratuliere den genannten Kollegen im Namen des Hohen Hauses und persönlich und wünsche Ihnen alles Gute, besonders Gesundheit und Erfolg bei Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf noch weitere Glückwünsche aussprechen:

Zur Wahl in das Amt des Oberbürgermeisters spreche ich Herrn Kollegen Dr. Thomas Jung meine Glückwünsche aus.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zur Wahl in das Amt des Landrates gratuliere ich dem Herrn Kollegen Josef Eppeneder.

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Lebhafter Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da er heute Namenstag hat, gratuliere ich ihm auch dazu sowie mehreren anderen Josefs im Hause.

(Beifall bei der CSU)

Ich gratuliere den Kollegen Georg Grabner,

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU)

Herrn Eberhard Irlinger,

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Herrn Christian Knauer,

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU)

Herrn Herbert Mirbeth,

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU)

Herrn Armin Nentwig,

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CSU)

Herrn Alfred Reisinger,

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

und Herrn Hermann Steinmaßl.

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sehe, im Hohen Haus wirkt der olympische Geist noch sehr stark nach.

(Heiterkeit)

Ich wünsche den genannten Kollegen im Namen des gesamten Hauses und persönlich für ihre neuen, verantwortungsvollen Aufgaben in der Kommunalpolitik viel Glück und Erfolg und immer solchen Beifall wie heute.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD).

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

Namentliche Abstimmung zu den Dringlichkeitsanträgen

der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Dürr, Köhler Elisabeth und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entlassung des Staatsministers Eberhard Sinner (Drucksache 14/8749)

und

der Abgeordneten Maget, Starzmann und Fraktion (SPD)

Entlassung der Staatsminister Eberhard Sinner und Josef Miller – Neuordnung der entsprechenden Geschäftsbereiche (Drucksache 14/8755)

Die Aussprache hierzu hatte bereits im letzten Plenum stattgefunden. Zu beiden Dringlichkeitsanträgen wurden namentliche Abstimmungen beantragt, die allerdings aus Zeitgründen nicht mehr stattfinden konnten; diese werden jetzt durchgeführt.

Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/8749, betreffend Entlassung des Staatsministers Eberhard Sinner abstimmen.

Für die Stimmabgabe sind entsprechend gekennzeichnete Urnen bereitgestellt: die Ja-Urne auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion, jeweils aufgestellt im Bereich der Eingangstür; die Urne für die Stimmenthaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch.

Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.10 bis 15.15 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe es später bekannt.

Wir führen jetzt die namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 14/8755 durch. Die Urnen sind wie bei der vorausgegangenen Abstimmung aufgestellt.

Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Dafür stehen wiederum fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.16 bis 15.21 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe es später bekannt.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat die Aktuelle Stunde zum Thema „**Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern**“ beantragt.

In diesen Tagesordnungspunkt beziehe ich folgende zum Plenum eingereichte Dringlichkeitsanträge ein:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Werner-Mugendorfer, Maget, Renate Schmidt und anderer und Fraktion (SPD)

Kinder und Beruf vereinbaren! (Drucksache 14/8993)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Unterländer, Kobler, Dingreiter und Fraktion (CSU)

Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit (Drucksache 14/8994)

(Allgemeine Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage vor, dass ich die Sitzung ganz allein bestreite. Dann gibt es keine langen Wortmeldungen, dann bin ich bald fertig.

(Allgemeiner Beifall – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Ich habe schon die ganze Zeit gemerkt, dass ich hier Einzelkämpfer bin und die Sitzung eigentlich nur für mich durchführe.

(Allgemeine Heiterkeit)

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner zehn Minuten sprechen. Dies wird auf die Gesamtredzeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amtes das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Gesamtzeit zu sprechen. – Ich bitte Sie, jeweils auf mein Signal zu achten.

Erste Rednerin ist Frau Kollegin Schmidt. Sie hat einen Zehn-Minuten-Beitrag beantragt. Bitte, Frau Kollegin Schmidt.

Frau Renate Schmidt (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Zu Beginn möchte ich die Frage stellen: Woran muss sich Familienpolitik messen lassen, in Deutschland und im Freistaat Bayern?

Erstens, woran nicht? Nicht an ökonomischen Erfordernissen. Es stimmt zwar: Trotz nach wie vor leider noch zu hoher Arbeitslosigkeit beklagt die Wirtschaft zu Recht einen eklatanten Fachkräftemangel, der in dieser Größenordnung durch Zuwanderung nicht ausgeglichen werden kann und nicht ausgeglichen werden soll. Gleichzeitig haben wir heute in Deutschland die am besten ausgebildete Frauengeneration, die es jemals gegeben hat und die in einem hohen Maß, obwohl sie arbeiten will, wegen der Kinderbetreuung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht. – Dies ist zwar ein wichtiger Aspekt, aber wirtschaftliche Interessen dürfen nicht ausschlaggebend für die Bewertung von Familienpolitik sein.

Zweitens: Familienpolitik ist auch nicht Bevölkerungspolitik. Dennoch muss festgestellt werden: Wir haben im EU-Vergleich einen der höchsten Prozentsätze der Kinderlosigkeit. 41% der Akademikerinnen in Deutschland sind kinderlos, 30% des Geburtsjahrgangs 1965. Wir haben mit sinkender Tendenz eine der niedrigsten Geburtenzahlen in Europa mit 1,3 Geburten pro Frau 1998. Unterboten werden wir nur noch von Italien, Spanien und Griechenland. Auch Bayern macht hier mit 9,9 Geburten pro 1000 Einwohnern keine Ausnahme. Das ist seit 1997 immerhin ein Rückgang um 0,9, Tendenz sinkend. Im Jahr 2001 – wir konnten es heute der Presse entnehmen – ist die Geburtenrate um 4,4% zurückgegangen, 4,4% weniger Geburten in Bayern.

Gleichzeitig haben wir eine der niedrigsten Erwerbsbeteiligungsquoten von Frauen und liegen auch da in der Europäischen Union an viertletzter Stelle. Es gibt nämlich, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Erwerbsbeteiligung von Frauen und ihrer Geburtenrate. Je höher – und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – die Erwerbsbeteiligung der Frauen, desto höher die Geburtenrate! In Skandinavien und Frankreich liegt Erstere zwischen 75 und 80% und die Geburtenrate bei 1,7 bis 2 Kindern pro Frau. Die Kinderlosigkeit liegt in diesen Län-

dern unter 10%, bei uns in der Zwischenzeit bei 25%, Tendenz steigend.

Familienpolitik ist weder Wirtschafts- noch Bevölkerungspolitik noch Gleichstellungspolitik. Sie ist mit all diesen Politikbereichen und mit vielen mehr vernetzt, hat aber ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Familienpolitik hat sich deshalb an erster Stelle daran messen zu lassen, ob sie dazu dient, dass sich heutige junge Familien ihre vorhandenen Kinderwünsche erfüllen können. In ihrem Mittelpunkt müssen die Interessen von Kindern und ihren Eltern stehen.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist offensichtlich in ganz Deutschland nicht der Fall, und Bayern macht hier keine Ausnahme. In Deutschland sieht es finster aus und in Bayern kohlrabenschwarz. Das bedaure ich zutiefst.

(Beifall bei der SPD)

Was wollen nämlich junge Menschen heute? Erstens ist bei ihnen das Bedürfnis nach Familie, also nach Geborgenheit, Stabilität und Verlässlichkeit, in unserer von Veränderung, Hektik und Globalisierung geprägten Zeit deutlich gewachsen. Über 80% der jungen Menschen wollen Partnerschaft und Kinder – mit der Betonung auf der Mehrzahl. Zweitens steht dieses Bedürfnis gleichberechtigt neben dem Wunsch nach einer erfolgreichen Berufstätigkeit, und zwar bei jungen Frauen und Männern gleichermaßen.

Nach einer Untersuchung von Professor Fthenakis, der auch bei Ihrer Klausurtagung war, unter der Überschrift „Die Falle Elternurlaub“ wollen 20% der jungen Mütter über einen langen Zeitraum ausschließlich Hausfrau und Mutter sein. Dieser Lebensentwurf – das sage ich ganz deutlich – verdient genauso viel Respekt und Anerkennung wie jeder andere. Auch wenn ich selbst eine ganz andere Biografie habe, werde ich diese Hausfrauen und Mütter nie mit dem abwertenden Wort „nur“ bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen: In der Zwischenzeit ist es eine Minderheit, die das will. 60% wollen nach dieser Untersuchung ihre Erwerbstätigkeit nur kurz unterbrechen und dann wieder voll- oder in größerem Umfang teilzeitbeschäftigt tätig sein. Weitere 20% möchten sogar trotz ihrer Kinder ununterbrochen voll-erwerbstätig sein.

Diese beiden letzten Lebensmodelle lassen sich in Deutschland-West schlecht und im Freistaat Bayern nahezu nicht erfüllen. Denn welches Lebensmodell bieten wir den Frauen? Gute Ausbildung, dann ein paar Jahre Erwerbstätigkeit, dann tickt die biologische Uhr, und bei einer Entscheidung für Kinder Aussetzen der Berufstätigkeit mangels Krippenplätzen und Ganztags-kindergartenplätzen, weil zum Beispiel offensichtlich das Mittagessen im Kindergarten so viel ungesünder ist als die selbst aufgemachte Dose Ravioli zu Hause oder die Fischstäbchen aus der Tiefkühltruhe. Die Frauen in anderen Ländern Europas fragen uns, ob wir noch alle

Tassen im Schrank haben, wenn sie hören, wie es bei uns zugeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Grundschule ist dann die Mutter die Nachhilfelehrerin ihrer Kinder und im ländlichen Bereich die Taxifahrerin, die ihre Kinder zum Gitarrenunterricht, zum Hockeyunterricht oder zur professionellen Nachhilfe bringt. Wir sind die Weltmeister in den Ausgaben für Nachhilfeunterricht und die Schlusslichter bei den Ganztagschulen. Vielleicht hat das eine irgendetwas mit dem anderen zu tun, und vielleicht sollten wir das endlich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Kinder 12 bis 14 Jahre alt sind, werden die Frauen „wieder eingegliedert“. Allein wenn ich das Wort höre, läuft es mir kalt den Rücken runter. Ich frage mich: Waren wir eigentlich auf einem anderen Planeten? Haben wir unsere Kompetenzen verloren? Sind wir blöd geworden, weil wir uns um unsere Familien gekümmert haben?

(Maget (SPD): Inhaftiert!)

Was bedeutet denn „Wiedereingliederung“? Wiedereingliederung bedeutet, beruflich wieder ganz von vorne anzufangen, unterhalb der eigentlichen Qualifikation beschäftigt zu werden mit deutlich niedrigerem Einkommen. Es ist kein Wunder, dass die Frauen von solchen Lebensentwürfen die Schnauze voll haben.

(Beifall bei der SPD)

Deutschland-West ist bei der Kinderbetreuung das Schlusslicht in Europa, und der Freistaat ist das Schlusslicht vom Schlusslicht. 1,4% Krippenplätze in Bayern! Liebe Frau Stewens, verschonen Sie uns bitte hier und anderswo mit Ihren statistischen Tricks.

Wir beziehen uns ausschließlich auf Ihre Antworten auf unsere Interpellation und sind nicht bereit, jede Mutter-Kind-Gruppe und jede Krabbelgruppe als Betreuungseinrichtung für Kleinstkinder zu werten. Familien haben nämlich nichts von Statistiken, sondern nur von real existierenden Betreuungsplätzen, und daran fehlt es im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

1,4% Krippenplätze – das ist meilenweit von europäischen Standards entfernt, zum Beispiel in Frankreich, zum Beispiel in Skandinavien mit 30 bis 55% Krippenplätzen. In diesen Ländern sind die Kinder weder verhaltensgestörter noch drogenabhängiger noch krimineller als bei uns – im Gegenteil. Zwischen 30 und 50% der Kleinstkinder und 97% der Kindergartenkinder gehen zum Beispiel in Frankreich in die kostenlose Ecole maternelle. Ein ebenso hoher Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler wird ganztätig betreut. Die Bildungsergebnisse sind besser, und die Armut von Kindern und ihren Eltern ist geringer, obwohl die direkte materielle

Förderung von Familien größtenteils geringer ist als bei uns.

Wir dagegen schicken Familien buchstäblich in die Armut. So werden die knapp 20% Alleinerziehenden im Freistaat Bayern bei 1,4% Krippenplätzen von vornherein auf die Kombination von Erziehungsgeld und Sozialhilfe verwiesen und sind damit in der Armutsfalle. Nicht besser als bei den Krippenplätzen sieht es mit den Ganztagskindergartenplätzen im Freistaat aus. Nur ein Bruchteil der Plätze verdient diesen Namen. Am beschämendsten ist die Situation bei den Ganztagschulen: 24 sind vorhanden, und eine quälende Diskussion wird geführt über ganze 30 weitere in den nächsten vier Jahren, und dies in einem der reichsten Bundesländer und dem flächenmäßig größten Bundesland. Dies ist eine Schande und verdient den Namen Ganztagsbetreuung nicht.

(Beifall bei der SPD)

Nur ein Gegenbeispiel: In Rheinland-Pfalz werden in dieser Legislaturperiode zusätzlich 300 Ganztagschulen geschaffen, die an vier Tagen in der Woche bis 16 Uhr verbindlich für die Schülerinnen und Schüler geöffnet haben. Nicht so bei uns! Ihr Handeln wird immer noch ideologisch bestimmt. Sie wollen den Menschen einen Lebensentwurf aufoktroyieren, der von der übergroßen Mehrheit nicht mehr gewünscht ist. Dies versuchen Sie mit untauglichen Modellen wie Ihrem Familiengeld zu verschleiern. Dabei gehen Sie von der Fiktion aus, dass erstens Mütter nur aus finanziellen Motiven erwerbstätig sein wollen und man ihnen nur Geld geben muss, damit sie von diesem Wunsch Abstand nehmen, und zweitens unterstellen Sie, dass familienergänzende institutionelle Betreuung für Kinder generell schlecht oder maximal die zweitbeste Lösung ist. Deshalb geht Ihr Familienkonzept auch an den wirklichen Bedürfnissen der Familien vorbei. Das sagen alle Familienorganisationen und die großen Wohlfahrtsverbände; das sagt Jürgen Borchert, der von einem Irrweg Familiengeld spricht. Deshalb rudert auch der Kandidat Edmund Stoiber zu Recht zurück und verschiebt dieses nicht finanzierbare und an den Bedürfnissen von Familien vorbeigehende Vorhaben auf den Sankt Nimmerleinstag.

Ich glaube, dass wir bessere Betreuungsmöglichkeiten brauchen, dass wir für die Zukunft des Freistaates Bayern, für die Bedürfnisse von Familien und Kindern, und zwar für ihre heutigen, etwas tun müssen; denn der gesamten Gesellschaft muss klar werden: Wenn wir so weitermachen, müssen wir einmal sagen: Ohne Kinder sehen wir in Bayern ganz schön alt aus.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich nutze den Rednerwechsel, um Ihnen die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt zu geben. Zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 14/8749 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Entlassung des Staatsministers Sinner lautet das Abstimmungsergebnis:

64 Ja-Stimmen, 110 Nein-Stimmen, 8 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Zum Dringlichkeitsantrag 14/8755 der SPD-Fraktion betreffend Entlassung der Staatsminister Eberhard Sinner und Josef Miller, Neuordnung der entsprechenden Geschäftsbereiche, lautet das Abstimmungsergebnis: 65 Ja-Stimmen, 108 Nein-Stimmen, 7 Stimmenthaltungen. Auch dieser Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir fahren fort in der Aktuellen Stunde. Als Nächster hat Herr Kollege Unterländer das Wort. Auch ein Zehn-Minuten-Beitrag? – Ja.

Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Einführung der Aktuellen Stunde durch Frau Kollegin Schmidt frage ich mich, ob all das, was Sie von sich gegeben haben, tatsächlich Ihrer Auffassung entspricht.

(Frau Radermacher (SPD): Was denn sonst?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Maget (SPD): Das kann er nicht fassen! – Weitere Zurufe von der SPD)

ich frage mich, ob Sie zur Kenntnis nehmen wollen, dass wir im Freistaat Bayern unter den westlichen Flächenländern bei der Kinderbetreuung an erster bzw. an zweiter Stelle stehen.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Das stimmt doch nach Ihrer eigenen Interpellation nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage mich, ob Sie zur Kenntnis nehmen,

(Frau Radermacher (SPD): Lesen Sie denn die eigene Interpellation nicht?)

dass in anderen Bundesländern, in denen Ihre Partei in der Verantwortung steht,

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wesentlich mehr für die Kinderbetreuung getan wird!)

die Beiträge für Kindertageseinrichtungen und Kindergärten zwar steigen, aber die Qualität sinkt, während in Bayern eine Trendwende stattfindet. Wir haben in Bayern ein Konzept beschlossen und bitten heute nochmals dafür um Unterstützung, mit dem insgesamt 30 000 neue Betreuungsplätze

(Frau Radermacher (SPD): Weil Sie jahrelang nichts getan haben!)

für Kinder unter drei Jahren sowie mit Altersöffnung in Kindertagesstätten und in Schulen geschaffen werden, was 312 Millionen Euro erfordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang darf ich Sie noch etwas anderes fragen. Sie betreiben Politik in Schwarzer-Peter-Manier. Wie ist es denn mit der Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Familienpolitik?

(Güller (SPD): Hervorragend!)

Die federführende Verantwortung liegt erfreulicherweise bei den Kommunen, was auch notwendig ist, um jeweils die örtlichen Bedingungen berücksichtigen zu können. Mit Ihrer Politik stellen Sie die Kommunen insgesamt wesentlich schlechter, als das bisher der Fall gewesen ist.

(Zurufe von der SPD)

Die Landeshauptstadt München, von Ihnen regiert, hat ein Defizit von mehr als einer Milliarde DM, weswegen hauptsächlich im Sozialhaushalt eingespart wird. Das geht zu Lasten von Familien und Kindern, und das geht zu Lasten von Kinderbetreuungskonzepten. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf auch nochmals darauf hinweisen, dass es im Weltbild davon, welche Lebensentscheidung unsere Familien treffen, schon einen Unterschied gibt. Sie haben eine relativ einseitige Darstellung gewählt.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie sprechen zwar davon, dass Sie die Worte „nur Hausfrau“ nicht in den Mund nehmen wollen, ich höre aber nicht, dass Sie echte Wahlfreiheit herstellen wollen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Was? Genau das ist doch der Punkt!)

Für uns ist die Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Familienpolitik zunächst einmal die Wahlfreiheit.

(Zurufe von der SPD)

Präsident Böhm: Meine Damen, geben Sie auch einem Herren einmal eine Chance, etwas ungestörter reden zu können.

(Beifall bei der CSU)

Unterländer (CSU): Für uns ist Voraussetzung, um Wahlfreiheit zu erreichen, dass sich Familien selbst entscheiden können, welchen Weg sie gehen. Das heißt, wir brauchen in der Familienpolitik drei Säulen. Wir brauchen zum Ersten die finanzielle Besserstellung der Familien, wir brauchen zum Zweiten den Ausbau der Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und

Beruf, und wir brauchen zum Dritten die Stärkung der Erziehungskompetenz.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lasst Euch nur nicht bremsen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was bedeutet der Ausbau der Kinderbetreuung in Bayern im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Das bedeutet, dass wir auch die Wirtschaft insgesamt stärker in die Verpflichtung nehmen müssen. Wenn wir von Vereinbarkeit sprechen, dürfen wir nicht erwarten, dass nur die Familien Leistungen erbringen und sich an die Strukturen der Wirtschaft anpassen. Das bedeutet auch, dass in Kooperation mit Arbeitgebern und Gewerkschaften – in Bayern gibt es sehr viele positive Beispiele, die noch ausgebaut werden müssen – die Arbeitszeitbedingungen verbessert werden und stärker auf die Situation der Familien Rücksicht genommen wird. Das ist einer der wesentlichen Punkte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, was die Bayerische Staatsregierung und die Mehrheit dieses Hauses planen. Mit den genannten 30000 zusätzlichen Plätzen, die wir in den nächsten vier Jahren schaffen werden, wird eine bedarfsgerechte Erweiterung der Angebote von mindestens 7% für unter Dreijährige, von 15% für Schulkinder und von 95% bei den Kindertagesstätten realisiert. Dies entspricht dem tatsächlichen Bedarf in unserem Lande. Sie haben dagegen erklärt, dass Sie Krabbelgruppen und Ähnliches nicht in die Statistik zur Bewertung der Situation im Freistaat Bayern einbeziehen wollen. Ich sage Ihnen: Wir sind stolz darauf, dass es in Bayern vielfältige Einrichtungen gibt. Wir sind stolz darauf, dass es in Bayern eine große Bandbreite von Selbsthilfeeinrichtungen in den Kommunen gibt. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiterer wesentlicher Punkt sind Veränderungen in der Wirtschaft. Der Wirtschaftsstandort Bayern braucht nicht Betreuungsangebote für eine Vereinbarkeit, er braucht auch mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten, bei den Arbeitsabläufen sowie mehr Möglichkeiten für Familien, um eine Vereinbarkeit im Interesse der Kinder zu erreichen. Hierfür gibt es viele positive Beispiele, etwa das Familienaudit, mit dem viele Unternehmen ausgezeichnet worden sind. Das bayerische Familienministerium hat viele Modellversuche im Freistaat Bayern gefördert und unterstützt. Bei kleinen und mittelständischen Betrieben und beim Verband der bayerischen Wirtschaft ist bei diesem Thema eine große Sensibilität festzustellen.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Situation der Kinderbetreuung im Freistaat Bayern eingehen: Richtig ist, wir haben veränderte Familienrealitäten, mit denen sich die Einrichtungen auseinander setzen müssen. Wir stellen fest, einerseits haben die Eltern das Bedürfnis, sich in die Kinderbetreuung einzubringen, andererseits muss der Großteil der Eltern noch stärker gefördert und unterstützt werden. Ich denke dabei an den Ausbau der Eltern- und Familienbildung und an die Zusammenarbeit mit den Kinderbetreuungseinrichtungen. Die CSU-Frak-

tion verfolgt bei der Kinderbetreuungspolitik den Ansatz der Vielfalt. Dieser vorbildliche und bedarfsorientierte Ansatz ist beispielhaft für die Bundesrepublik. Darüber hinaus leistet dieser Ansatz einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den schulischen Sektor eingehen: Meine Damen und Herren, Sie haben ausgeführt, die von der Staatsregierung und der CSU-Fraktion entwickelten Konzepte seien absolut unzureichend. Ich sage Ihnen: Diese Konzepte entsprechen dem Bedarf und berücksichtigen die Situation vor Ort. Außerdem werden diese Modelle in anderen Bundesländern unter dem Namen „Ganztageschulen“ verkauft. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Kinderbetreuung im Sinne von Bildung, Erziehung und Betreuung ist aus Gründen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erforderlich. Wir müssen aber im Hinblick auf die veränderten Familienwelten berücksichtigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur unter den Gesichtspunkten von Betreuung, Zeit und Quantität oder der Arbeitssituation betrachtet werden dürfen. Wir müssen auch das Kindeswohl im Auge behalten. Wir sollten deshalb versuchen, zusammen mit der Wirtschaft, den Arbeitgebern und den Gewerkschaften Konzepte weiterzuentwickeln. Ich habe darauf hingewiesen, dass der Freistaat Bayern bei der Kinderbetreuung mehr als überdurchschnittliche Leistungen erbringen wird. Davon könnten sich andere Bundesländer eine Scheibe abschneiden. Sie sollten sich einmal die Qualität der Kinderbetreuung in anderen Bundesländern ansehen. Bayern ist auf dem besten Wege, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf den ersten Platz in der Bundesrepublik einzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Jetzt hat Frau Kollegin Schopper das Wort.

Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ müsste präzisiert werden; denn im Grunde geht es nicht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern darum, wie die Frauen Familie und Beruf vereinbaren können. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Jahrzehntlang waren für Sie die Begriffe „Familie mit Kindern“ und „Beruf“ ein natürlicher Gegensatz. Nach Ihrem Weltbild hatten Frauen nach dem so genannten Drei-K-Modell zu leben. Die Begriffe „Familie mit Kindern“ und „Beruf“ waren für Sie wie Feuer und Wasser oder wie Himmel und Hölle. Ich möchte es überspitzt ausdrücken: Dies war für Sie jahrhundertlang ein Glaubenssatz wie die Behauptung, die Erde sei eine Scheibe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Was hat die Kollegen der CSU-Fraktion zum Nachdenken gebracht? – Das war zum einen die demografische Entwicklung. Seit langem überragt die Sterberate die Zahl der Geburten. Zum anderen hat Sie die Angst vor einer Überalterung der Gesellschaft, mit all den damit verbundenen Problemen für die sozialen Sicherungssysteme, aufgeweckt. Hinzu kamen Forderungen aus der Wirtschaft. Frau Kollegin Schmidt hat soeben den wunderbaren Terminus der „Wiedereingliederung“ näher erläutert. Frauen, die längere Zeit nicht im Erwerbsprozess waren, müssen nachqualifiziert werden. Hier sieht auch die Wirtschaft Defizite. Entscheidend war aber, dass die Frauen selbst gesagt haben, dass sie nicht mehr auf die Begriffe Kinder und Familie reduziert werden wollen. Sie wollen einen guten Beruf und eine gute Ausbildung mit der Familie vereinbaren.

Die Frauen haben einfach aufgehört, Kinder zu bekommen. Ein Drittel der Frauen des Jahrgangs 1965 blieb kinderlos. Dies war ein geburtenstarker Jahrgang. Die Frauen dieser Gruppe, die über einen akademischen Abschluss verfügen, bekommen seltener Kinder. 40% der Akademikerinnen dieser Altersgruppe blieben kinderlos. Die Lösungen für dieses Problem sind altbekannt und altbewährt: Wir brauchen eine Verbesserung der Infrastruktur, um eine Vereinbarkeit zu gewährleisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich bin mir sicher: Wenn die Männer auch nur einen geringen Anteil der Erziehungsarbeit übernehmen müssten, könnten wir uns vor Krippen kaum noch retten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

In diesem Fall hätten wir mindestens so viele Krippen, wie wir derzeit Baumärkte haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Infrastruktur ist auch deshalb wichtig, weil wir Frauen, die ein Kind haben und alleinerziehend sind, kein Armutsrisiko aufbürden dürfen. Viele Väter stellen sich aus der finanziellen Verantwortung undbürden diese dem Staat auf. Dies zeigt sich an der Höhe der Unterhaltsvorschusszahlungen. Angesichts dieser Zahlen kann ich manchen Rachedenken des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter verstehen, der vorgeschlagen hat, säumigen Zahlern den Führerschein zu entziehen.

Ich bin mir dessen sicher, dass der eine oder andere lieber den Geldbeutel ziehen würde, als auf die PS unter dem Hintern zu verzichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Blick in den europäischen Sozialbericht zeigt vier Punkte auf, wie wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern könnten. Erstens ist zu überlegen, wie die partnerschaftliche Aufteilung der Aufgaben zwischen Mann und Frau besser gefördert werden kann. Es gab

einmal ein Lied mit dem Titel: Neue Männer braucht das Land. Die neuen Männer sind offenbar bei uns noch nicht in allen Bereichen angekommen.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich hoffe, dass noch einige auftauchen werden. Ich will das gar nicht flapsig abtun. Es muss ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel herbeigeführt werden dergestalt, dass ein Mann, der sich für die Inanspruchnahme von Erziehungszeit oder Teilzeit entscheidet, nicht als beruflicher Versager abgestempelt oder gleich der Weichei-Fraktion zugerechnet wird. Das Windelwechseln muss in der hauswirtschaftlichen Bewertungsskala einen ähnlichen Stellenwert bekommen wie das Krawattenbinden.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zweitens. Familie und Beruf können dort besser miteinander vereinbart werden, wo die Kinderbetreuung besser ausgebaut ist. Hier hat ein Umdenkungsprozess begonnen; da muss man der Staatsregierung eine gewisse Anerkennung zollen. Das geschah mit tätiger Nachhilfe durch die Wirtschaft. Laut Statistik haben wir eine ausreichende Versorgungsquote bei Kindergartenplätzen; bei Ganztagsplätzen gibt es immer noch einen Nachholbedarf. Plätze in Kinderkrippen müssen wir nach wie vor mit der Lupe suchen. Meine Damen und Herren von der CSU, mit einer Versorgungsquote von 1,4% lässt sich kein Staat machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die großen Beitragsspreizungen bei Kinderkrippen und die Tatsache, dass selbst Krippen gefragt sind, die den Eltern einen monatlichen Beitrag von 2200 DM abverlangen, müssten doch auch der Staatsregierung vor Augen führen, welch immenser Bedarf hier existiert. Sie haben zu lange auf das Landeserziehungsgeld als ausreichendes Mittel gesetzt, das für viele Frauen und Familien keine Alternative war.

Auch die Versorgung mit Hortplätzen ist bei weitem nicht rosig. Bislang gibt es knapp 30000 Plätze, die über die reine Mittagsbetreuung hinausgehen, wo die Kinder bei der Erledigung der Hausaufgaben pädagogisch unterstützt werden. An Ihnen kann einfach nicht vorbeigehen, dass das Thema Ganztagschule auf die Tagesordnung muss, um die Chancengleichheit und die Perspektiven von Kindern gerade aus unteren Bildungsschichten zu verbessern. Das darf man nicht in dieser profanen Art abtun: Kinder wollen nicht den ganzen Tag in die Schule gehen. Das ist nicht das Thema. Sie wissen selbst, wie der Unterricht in Ganztagschulen, die sich zu Recht als solche bezeichnen dürfen, gestaltet ist. Für Kinder, die sonst kaum eine Chance haben, ist das eine Alternative, die Sie vielen verwehren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens können Beruf und Familie in den europäischen Ländern besser vereinbart werden, in denen es mehr

Teilzeitjobs gibt. Gerade für Frauen mit einer guten und einer akademischen Ausbildung sind Teilzeitstellen Mangelware. Das gilt für Männer genauso; denn in Teilzeit zu arbeiten bedeutet oftmals einen Stillstand in der Karriere bzw. eine Minimierung der beruflichen Chancen. Ich sage es noch einmal: Das darf nicht nur ein Angebot an die Frauen sein, sondern muss auch ein Angebot an die Männer sein, die den gleichen Widerständen begegnen und auch erleben werden, dass das das Ende der Fahnenstange ist. In allen Ländern, in denen es viele Teilzeitstellen gibt und die Kinderbetreuung sehr, sehr gut ist, ist die Erwerbstätigkeit der Frauen hoch, und auch die Kinderzahl ist hoch. In Frankreich ist der Durchschnitt die Dreikindfamilie. Man kann bestimmt nicht behaupten, dass diese Kinder alle sozialistisch entwöhnt wären.

Viertens ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einer familien- und frauenfreundlichen Gesetzgebung zu unterstützen. Die Bundesregierung hat da vieles auf den Weg gebracht: neue Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld, Flexibilisierung der Erziehungszeiten und Recht auf Teilzeit. Mir klingt Ihr Zeter und Mordio noch in den Ohren. Sie aber haben nur Luftnummern gebucht, indem Sie Familiengelder vorschlugen, von denen kein Mensch wusste, wie sie je zu finanzieren sein würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir beabsichtigen keineswegs, alle Frauen in die Arbeit zu stecken; die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie muss möglich sein. Bisher gab es für die Frauen aber keine Alternative, weil es nicht die notwendigen Versorgungsstrukturen gab. Um Frauen die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf überhaupt zu ermöglichen, müssen wir die notwendigen Betreuungseinrichtungen erst einmal schaffen. Solange Frauen, die in die Arbeit gehen, der Nimbus der Rabenmutter anhaftet, wird es gesellschaftlich nicht akzeptiert sein, dass Frauen Beruf und Familie vereinbaren wollen. Die Versorgung mit Krippen haben Sie in dem Tempo einer Schnecke begonnen. Sie hören zwar gerne den Spruch „Was lange währt, wird endlich gut“, aber wir Frauen haben es satt, stets nur die Rücklichter Ihrer Versprechungszüge zu sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Frau Ministerin Stewens hat ums Wort gebeten.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mich freut, dass mittlerweile alle Parteien, auch die GRÜNEN, die Familienpolitik entdeckt haben.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer Familienpolitik ernst nimmt, sollte sich die tatsächliche Situation unserer Familien in Deutschland genauer anschauen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wir reden von Bayern!)

Ein Blick in den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und in den bayerischen Sozialbericht zeigt uns ganz deutlich, dass die Familie mit kleinen Kindern die sozial schwächste Gruppe in Bayern und in Deutschland ist. Das sollte uns nachdenklich machen.

(Frau Biedefeld (SPD): Nicht denken, sondern handeln!)

Frau Schopper, Sie haben die Vorteile, welche die Bundesregierung für die Familien geschaffen hat, stark gepriesen. Wie ist es denn tatsächlich? Der Steuervorteil ist gestrichen worden; der Freibetrag für Haushaltshilfen ist gestrichen worden; der Ausbildungsfreibetrag ist gestrichen worden.

(Zurufe von der SPD)

Der Haushaltsfreibetrag wird bis zum Jahr 2004 gekürzt. Hinzu kommt die Streichung bzw. die Kappung des Ehegattensplittings.

(Maget (SPD): Wer profitiert denn vom Ehegattensplitting?)

Damit hat man die Erhöhung des Kindergeldes finanziert. Von der Ökosteuern möchte ich hier überhaupt nicht sprechen.

(Maget (SPD): Oh Gott!)

– Oh Gott, kann man da nur sagen, Herr Kollege Maget.

Dass Sie die finanzielle Situation der Familien durchaus erkannt haben, sieht man an dem Antrag der SPD auf ein familienfreundliches Bayern, in dem Sie mittelfristig zumindest eine Anhebung des Kindergeldes auf 600 DM pro Kind anstreben.

(Frau Radermacher (SPD): Was hat das mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu tun? – Frau Biedefeld (SPD): Was hat das Bundesverfassungsgericht zur Politik der Union geschrieben? – Maget (SPD): Sie lernen es nie, Sie sind vom Bundesverfassungsgericht verurteilt worden!)

Wer das genauer ansieht, erkennt, dass das auch ein Einstieg in das Familiengeld ist. Gott sei Dank haben Sie wenigstens das in Ihrem Programm.

(Maget (SPD): Sie sind verurteilt worden! Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Familienfreibetrag!)

– Hören Sie doch zu! Die Familienpolitik ist sehr wichtig, so dass man sich die Situation sehr genau anschauen sollte. Das Familiengeld ist die einzige Möglichkeit – davon bin ich fest überzeugt –,

(Maget (SPD): Das hat er doch schon wieder aufgegeben, gestern!)

um die von Ihnen geforderte Wahlfreiheit zwischen Familie und Erwerbstätigkeit herzustellen. Genau das mahne ich hier immer wieder an. Sie sprechen zwar stets von Wahlfreiheit.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt bei Ihnen: entweder – oder!)

Sie führen sogar die Budgetierung des Erziehungsgeldes an. Wie wird die Budgetierung des Elterngeldes aber finanziert? Das Erziehungsgeld beträgt in den ersten zwei Jahren 600 DM pro Monat. Wer sich für nur ein Jahr entscheidet, bekommt 900 DM pro Monat, das zweite Jahr selbstverständlich gar nichts mehr.

Das heißt, es wird gegenfinanziert, und der Bund spart an den Familien. So sieht die Realität aus, und so sieht die Realität der Wahlfreiheit aus. Den Frauen werden mehr Mittel versprochen, wenn sie möglichst rasch in die Erwerbstätigkeit zurückkehren. Auch bei der Rentenreform sind die Frauen, die lange Kindererziehungszeiten haben, letztlich betrogen worden. Ich möchte das klar und deutlich sagen. Ich bekomme täglich Briefe von Frauen, die lange Erziehungszeiten aufweisen, sehr mäßige Renten bekommen und bei der Riester'schen Rentenreform leider Gottes wieder vergessen worden sind.

Wenn Sie von Wahlfreiheit sprechen, meinen Sie nicht wirklich Wahlfreiheit. Man merkt das an Ihrer gesamten Diktion. Man erkennt die Intention der rot-grünen Bundesregierung auch an etlichen politischen Vorgaben, die ich aufzählen könnte.

Frau Kollegin Schmidt, zur materiellen Förderung möchte ich sagen: Die Franzosen erhalten eine hohe materielle Förderung für Kinder. Familien zahlen ab Geburt des ersten Kindes so gut wie keine Steuern mehr. Nachdem Sie oft von Schweden reden, möchte ich Ihnen sagen: Dort sind die Geburtenzahlen in den letzten Jahren rasant gesunken. Daran sehen Sie, dass eine hohe Geburtenrate nicht allein auf den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zurückzuführen ist, sondern dass Familienförderung sich aus vielen Komponenten zusammensetzen muss. Man darf nicht nur eine Komponente verwirklichen wie in Schweden, sondern man muss die Familien auch finanziell besser stellen. Daneben muss man die verschiedenen Lebensentwürfe der Frauen akzeptieren und darf nicht nur einseitig über Erwerbstätigkeit sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich kurz auf die 300 Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz eingehen, die Frau Kollegin Schmidt gelobt hat. Rheinland-Pfalz verfügt über das gleiche Konzept wie Bayern mit den Ganztagsangeboten an Schulen. Das bayerische Konzept wurde zum Teil wörtlich übernommen. So etwas wollen Sie uns im Bayerischen Landtag als Modellprojekt für Bayern verkaufen.

(Frau Radermacher (SPD): Dann hat uns der Staatssekretär angelogen!)

Folgende Anmerkung möchte ich noch machen: In Bayern ist die Erwerbstätigenquote bei den Frauen mit 62,3% am höchsten.

(Frau Radermacher (SPD): Das ist doch nicht Ihr Verdienst!)

– Sonst reden Sie doch auch immer davon, wer in Bayern regiert. Wir sind jedenfalls ganz froh, dass Bayern nach den Kommunalwahlen noch etwas schwärzer geworden ist – kohlrabenschwarz, wie Sie heute gesagt haben.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Mär eingehen, die Sie landauf landab über die Betreuung der unter Dreijährigen verbreitet haben. Wir haben nicht alle Krabbelgruppen zusammengerechnet, sondern 5559 Plätze in Kinderkrippen, 230 Plätze im Netz für Kinder, 2800 Plätze im Kindergarten, 2000 Plätze in Kinderhäusern und 2164 Plätze in der Tagespflege, sodass wir in Bayern in der Betreuung bei 3,5% liegen. Ich habe Frau Kollegin Bergmann immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass sie in Ihrem Bericht auf Zahlen aus dem Jahr 1999 verweist. Das ist schlicht falsch. Ich bitte die Opposition, dies endlich zur Kenntnis zu nehmen. Bayern liegt im Vergleich der westlichen Flächenländer bei der Betreuung der unter Dreijährigen mit an der Spitze.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte Sie bitten, dies endlich zur Kenntnis zu nehmen und nicht immer die ollen Kamellen der Bundesministerin Bergmann zu wiederholen. Bundeskanzler Schröder hat ja gesagt, sie sei für „Frauen und Gedöns“ zuständig. Wissen Sie, was „Gedöns“ war? – Die Familien. So sieht die Familienpolitik der Bundesregierung aus. Ich sage Ihnen, dass wir mit unserem Konzept, das den stufenweisen Einstieg in das Familiengeld und die finanzielle Besserstellung der Familien vorsieht, tatsächlich Wahlfreiheit für die Frauen schaffen. Sie sollen sich frei entscheiden können.

Frau Kollegin Schopper, in einem gebe ich Ihnen Recht. Ich wäre auch froh, wenn sich wesentlich mehr Väter für die Elternzeit entscheiden würden. Wir müssen uns überlegen, wie wir Anreize schaffen. Es muss verhindert werden, dass Männer, die das tun, in der Öffentlichkeit – salopp ausgedrückt – als „Weicheier“ angesehen werden.

Wir brauchen die tatsächliche Wahlfreiheit durch das Familiengeld; wir brauchen die finanzielle Besserstellung der Familien, und wir brauchen den Ausbau der Kinderbetreuung für alle Altersklassen. Der Bayerische Landtag hat beschlossen, den bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung von Kindern aller Altersklassen bis zum Jahr 2008 finanziell auf den Weg zu bringen.

(Frau Radermacher (SPD): Da haben wir nichts dagegen!)

Wir brauchen auch ein Kindertagesstättengesetz, das ich 2005 im Landtag verabschieden möchte.

(Frau Radermacher (SPD): Das sagen wir seit zehn Jahren!)

Das Gesetz soll eine einheitliche Förderung für alle Kinderbetreuungsangebote beinhalten, damit wir über ein kindgerechtes Betreuungsangebot verfügen und die Kinder nicht immer von einer Einrichtung zur anderen wechseln müssen. Das sind für mich familienunterstützende und -begleitende Maßnahmen, die den Frauen in Bayern tatsächlich Wahlfreiheit geben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat Herr Kollege Schultz das Wort.

Schultz (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Stewens, von der Entdeckung der Familienpolitik mit Blick auf die GRÜNEN zu sprechen, steht denjenigen nicht gut an, die den familienpolitischen Bedarf jahrzehntelang überhaupt nicht erkannt haben und die sich in 18 Jahren Kohl und Waigel der Realität verweigert haben. Sie haben die Zahlen nicht zur Kenntnis genommen, hinter denen sich die Bedürftigkeit der Familien verbirgt.

(Kobler (CSU): Wer hat das Erziehungsgeld eingeführt?)

Unter der Politik der vergangenen Jahre haben die Kinder, die Familien mit Kindern und die Alleinerziehenden mit Kindern gelitten. Nehmen Sie zur Kenntnis, was im Rahmen eines Gutachtens vom federführenden Deutschen Jugendinstitut in München an Zahlen herausgearbeitet worden ist.

In der Zeit von 1982 bis 1990 hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter sieben Jahren von 110 000 auf 270 000 mehr als verdoppelt. Wenn wir die besondere Situation der deutschen Einheit außer Acht lassen, stellen wir fest: Die Zahl hat sich bis zum Ende der Regierungszeit von Kohl und Waigel auf 330 000 verdreifacht. Bei den Sieben- bis Elfjährigen hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 76 000 auf über 190 000 mehr als verdoppelt. Diese jungen Menschen sind Opfer der erzkonservativen Familienpolitik, die Sie in der Vergangenheit gepflegt haben.

Wenn Sie sich heute hier herstellen und behaupten, dass Rheinland-Pfalz von Bayern abgeschrieben habe, verdrehen Sie die Tatsachen, wie man es sich schlimmer nicht vorstellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Die angeblichen Verbesserungen, die wir in Bayern haben, sind Versuche, die Tagesbetreuung auf dem Rücken der Eltern und Kommunen auszutragen. Sie verweigern von vornherein jede Bezahlung. Sie wollen die Ganztagschule gar nicht. Das haben Sie oft genug zur Kenntnis gegeben. Sie haben den Familien die materiellen Grundlagen im Bund und in Bayern entzogen. Dabei kannten Sie keine Schamgrenze. Darauf sollte man immer wieder hinweisen.

Niemand hat vergessen, dass Sie sogar die Zahnersatzkosten für die nach 1988 Geborenen gestrichen haben. Das war CSU-Familienpolitik. Daran müssen Sie sich messen lassen. So haben Sie gehandelt.

(Beifall bei der SPD)

Dass es anders geworden ist, ist nur unserer Bundesregierung zu verdanken. Die Verbesserungen beim Kindergeld, die Elternteilzeit, die Kinderfreibeträge, die Erhöhung des Bundeserziehungsgeldes oder die Anhebungen beim Existenzminimum sind Maßnahmen, welche dringend notwendig waren und deren Bedarf Ihnen das Bundesverfassungsgericht 1998 massiv vorgehalten hat.

Frau Ministerin, es ist bezeichnend, dass die Staatsregierung bis heute kein Wort zum 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung verloren hat. Dieser Bericht ist nicht von der Bundesregierung, sondern von unabhängigen Sachverständigen ausgearbeitet worden. Die Darstellung der Betreuungssituation in Kinderkrippen und Kinderhorten in diesem Bericht ist für die Bayerische Staatsregierung wie ein Offenbarungseid. Statt der von Ihnen selbst gebastelten Zahlen, von denen Sie heute wieder gesprochen haben, nenne ich Ihnen die Zahlen, die 1999 festgestellt worden sind: pro 100 Kinder unter drei Jahren werden 1,36 Krippenplätze vom Freistaat Bayern mitfinanziert. Damit steht Bayern auf dem vorletzten Platz. Bei altersgemischten Gruppen werden 0,7 Plätze mitfinanziert. Damit stehen wir auf dem letzten Platz. Ganztageseinrichtungen fehlen zu 70%. Sie haben die Spielwiese „Netz für Kinder“ entdeckt und jährlich mit 8 Millionen ausgestattet. Die vernichtende Kritik des Obersten Rechnungshofes daran haben Sie nicht erwähnt. Sie haben nicht davon gesprochen, dass es beim Netz für Kinder keine Altersmischungen gibt und dass die Öffnungszeiten für erwerbstätige Alleinerziehende vielfach unakzeptabel sind. Die bürokratische und praxisferne Förderung dieser Einrichtung spricht eher dafür, dass Sie Ihren Aufgaben nicht nachkommen.

Sie kommen Ihren Aufgaben auch bei den Mütter- und Familienzentren nicht nach. Diese Aufgaben wurden von Ihnen von Anfang an vernachlässigt. Es wird noch mit Stundensätzen von 5 DM gearbeitet. Die Vorschläge dieser Einrichtungen für ihre Jahresplanung müssen alle Vierteljahre neu abgesegnet werden. Institutionen, die für unser Land deswegen so wichtig sind, weil sie ganz besonders auf Integration und auf Sprachförderung abstellen, haben nicht einmal ausreichend Planungssicherheit. Sie haben stattdessen nur die höchstrichterlichen Urteile gescholten.

(Signal des Präsidenten)

– Ich habe es gesehen, Herr Präsident, ich werde mich daran halten. Ich will nur noch Folgendes sagen: Mit dieser Urteilschelte lenken Sie von Ihren eigenen Verpflichtungen ab. Das bringt Sie aber nicht weiter. Gerade bei uns in Bayern brauchen wir eine Familienpolitik, mit der die Leistungen nach dem Landeserziehungsgeld für alle Familien an die Leistungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz angeglichen werden. Statt der Mittelschranken, die Sie gerade vorhaben, brauchen

wir eine Qualitätsoffensive bei den Betreuungseinrichtungen, und wir brauchen die Sicherung angemessener Betreuungsangebote vor allem im ländlichen Raum. Schließlich brauchen wir ein bedarfsgerechtes Netz von Ganztagschulen für alle interessierten Familien zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf und vor allem auch zur Anhebung der Chancengleichheit für unsere Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Nur zur Orientierung: Das waren jetzt 6 Minuten und 40 Sekunden. Als Nächster hat Herr Kollege Dinglireiter das Wort.

Dinglireiter (CSU): Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich es recht sehe, heißt das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern“. Sie von den GRÜNEN und von der SPD haben aber davon geredet, wie man Defizite in der Familienpolitik in Bayern konstruieren kann. Sie haben damit das Thema wohl verfehlt, und das ausgerechnet in einer Aktuellen Stunde, welche Sie beantragt haben. Ich will deshalb wieder zum Thema zurückkommen.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Das ist doch unerträglich! Haben Sie keine Töchter, die auch arbeiten gehen wollen?)

– Dazu müssen Sie mir nichts sagen, da bin ich möglicherweise viel weiter als Sie.

(Frau Radermacher (SPD): Was heißt denn das?)

– Ich meine, wenn es darum geht, zu wissen, was Töchter brauchen, die in die Arbeit gehen wollen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Haben Sie gleich mehrere Töchter?)

Ich will Ihnen zunächst einmal eine Stellungnahme aus der Sicht der Wirtschaft geben. Es geht um zwei Bereiche, über die wir diskutieren sollten. Einmal geht es darum, dass viele junge Frauen heute eine hervorragende Ausbildung haben und diese auch im Beruf umsetzen wollen.

(Frau Radermacher (SPD): Dann sind wir uns ja einig! – Frau Dr. Baumann (SPD): Eine gemeinsame Erkenntnis!)

Es geht um einen weiteren Punkt, welcher im Laufe der nächsten Zeit die Wirtschaft betreffen wird. Aufgrund der geringen Geburtenrate und der damit bedingten Überalterung wird der Arbeitsmarkt im Laufe der nächsten Jahrzehnte ein Defizit aufweisen. Darüber müssen wir miteinander diskutieren. Nun gibt es viele aus der Wirtschaft und auch unter Ihnen, die glauben, man könnte dieses Problem mit Zuwanderung lösen und wir müssten für die Zuwanderer die Ausbildung und Betreuung verbessern.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Was hat das mit Betreuungsplätzen zu tun? Kinderbetreuungsplätze stehen hier auf der Tagesordnung!)

Das genügt aber nicht, und das sagen wir auch der Wirtschaft ganz klar. Die Rechnung, welche die Wirtschaft aufmacht, geht nicht auf, und die Rechnung, welche Sie aufmachen, geht auch nicht auf. Zum einen stehen nicht ausreichend junge leistungsfähige Zuwanderer zur Verfügung, denn diese Probleme haben auch andere Industriestaaten. Zum anderen können Zuwanderer in einer Zahl von 400 000 bis 500 000 nicht mehr angemessen integriert werden. Das, was Sie mit dieser Zuwanderung wollen, ist auch in dieser Richtung kontraproduktiv.

Wir wollen Regelungen schaffen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – –

(Frau Steiger (SPD): Es geht um Kinderbetreuung! Was hat das, was Sie sagen, mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun? – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Thema!)

– Geifern Sie doch nicht so. Hören Sie einmal zu, Sie können noch etwas lernen.

(Lachen bei der SPD)

Präsident Böhm: Zwischenrufe sind eigentlich an den Redner, aber nicht an andere Kollegen gestattet.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Ich bin dafür, dass der Präsident mehr Rechte bekommt, wenn einer vom Thema abweicht!)

Dinglreiter (CSU): Wir wollen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Rahmenbedingungen schaffen, die es möglich machen, das Defizit an jungen Menschen auszugleichen. Auf diese Weise können wir Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Auf diese Weise lösen wir auch das Arbeitsplatzproblem der Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Woher kommt denn die zu geringe Geburtenrate?

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Lassen Sie sich von Ihren eigenen Töchtern aufklären!)

Viele Frauen stellen fest, dass sich Beruf und Familie in der jetzigen Situation nicht miteinander vereinbaren lassen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD) und Frau Radermacher (SPD): Jawohl! Genau! Respekt! Soweit sind wir auch schon! – Frau Radermacher (SPD): Und was tun Sie dagegen?)

Ich rede nicht nur hier gescheit herum, sondern ich gehe hinaus zu den Betrieben und rede mit ihnen darüber, wie diese Probleme gelöst werden können. Und dazu will ich Ihnen ein paar Worte sagen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Reden Sie doch mit Ihrer Familienministerin!)

Präsident Böhm: Geballte Frauenkraft gegen Dinglreiter, das ist ein bisschen zu viel.

Dinglreiter (CSU): Wie hinterwäldlerisch Sie sind, zeigt sich daran, dass Sie immer nur von Teilzeitarbeitsplätzen reden. Wir sind sehr viel weiter. Wir brauchen eine Flexibilisierung der Arbeit für Männer und Frauen. Das streben wir an.

(Zurufe von den Abgeordneten Frau Radermacher (SPD), Frau Werner-Muggendorfer (SPD), Frau Dr. Baumann (SPD) und Frau Steiger (SPD): Jawohl! Bravo! Respekt!)

Sie reden aber nur von Teilzeit. Darüber sind wir längst hinweg. Das ist doch schon von gestern.

Wir wissen auch aus den Gesprächen mit der Wirtschaft, dass man dort längst begriffen hat, dass es für die Wirtschaft selbst von Nutzen ist, wenn sie etwas in Richtung familienfreundliche Arbeitswelt tut.

(Frau Steiger (SPD): Hat das auch die CSU begriffen?)

Deswegen haben wir auch die Wirtschaft angehört. Wir haben uns von ihr sagen lassen, was wir denn tun müssen, damit es besser wird. Dabei wurde uns auch das gesagt, was Sie angesprochen haben: Wir müssen die Betreuungseinrichtungen verbessern.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist ja schon einmal etwas!)

Wir brauchen auch eine flexibler angelegte Betreuung, welche eine echte Dienstleistung darstellt und mehr auf die Bedürfnisse der Menschen Rücksicht nimmt.

(Frau Radermacher (SPD) und Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Jawohl! Richtig! Respekt! – Frau Dr. Baumann (SPD): Aber nicht Mittagsbetreuung durch die Muttis!)

Die Wirtschaft hat uns auch noch gesagt, dass wir nicht so viel regulieren dürfen. Deswegen sollten Sie Ihren Antrag eigentlich an die Bundesregierung adressieren. Die Regulierung – das sagen uns die Betriebe klar und deutlich – hat dazu geführt, dass individuelle Regelungen in den Betrieben, welche zwischen den Unternehmern, den Mitarbeitern und dem Betriebsrat vereinbart werden, erschwert werden. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Beispielen nennen, wenn es mir die Zeit erlauben würde, darauf näher einzugehen.

Wir haben im Landtag ein Antragspaket eingebracht, welches wir umsetzen wollen. Dieses Antragspaket enthält unter anderem auch die Forderung nach Deregulierung, damit die Wirtschaft in die Lage versetzt wird, unsere Vorstellungen zu realisieren. Wir brauchen auch ein breites Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, damit in der Gesellschaft und in der Wirtschaft

mehr Familienfreundlichkeit möglich wird. Hier hilft Ihr Gegeifere nicht weiter. Wir müssen miteinander hinausgehen und die Probleme lösen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Frau Werner-Muggendorfer, jetzt dürfen Sie offiziell reden.

Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Lieber Herr Dinglreiter, ich habe festgestellt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der CSU ein Männerthema ist. Das freut mich, weil das aus unserer Sicht Männer und Frauen betrifft.

(Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

– Ich komme noch zu Ihnen, Herr von Rotenhan, denn ich bin überzeugt davon, dass Sie noch ganz kluge Zwischenrufe machen werden.

Kinder und Beruf sind aber nach Meinung der SPD nicht ein Entweder – Oder, sondern ein Miteinander.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Beziehung scheint mir bei Ihnen von der CSU ein Denkfehler vorzuliegen. Der Schlüssel für dieses Miteinander ist die Kinderbetreuung. Sie haben es schon ein bisschen verstanden. Bei allen Umfragen wird deutlich, dass nicht der Geldtransfer zu den Familien entscheidend ist, sondern die Kinderbetreuung. Herr Stoiber hat, nachdem er Kanzlerkandidat geworden ist, zugegeben, dass es mit dem Familiengeld nichts wird. Vielleicht hat er gemerkt, dass er das nicht finanzieren kann.

Lassen Sie mich zu Bayern zurückkommen. In Bayern wird deutlich, dass die jahrelange Vernachlässigung dieses Themenbereichs zu großen Problemen geführt hat. Wir haben die Betreuung der Kinder bis zum Alter von drei Jahren brutal vernachlässigt. Man durfte früher in Bayern nicht darüber reden, weil man es als sozialistisches Teufelszeug betrachtet hat, Kinder von null bis drei Jahren in Einrichtungen zu betreuen. Wir müssen uns nun darum ganz besonders kümmern.

Ich glaube, es war Herr Unterländer, der von einer Trendwende gesprochen hat. Immerhin, der Fortschritt von nichts zu einem bisschen ist auch eine Trendwende, Herr Unterländer.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen nicht nur für die Kinder von null bis drei Jahren eine Betreuung anbieten, sondern eine Ganztagsbetreuung schaffen, die den Namen verdient hat. Ich erinnere an die Interpellation, deren Fragen Ihre Vorgängerin, Frau Ministerin, beantwortet hat. Die Zahlen sind von Ihrem Ministerium. Dort wird schon dann von einer Ganztagsbetreuung gesprochen, wenn diese nur sechs Stunden beträgt. Wer arbeitet denn nur sechs Stunden

am Tag? – Es sind acht Stunden und mehr notwendig, um von einer Ganztagsbetreuung reden zu können. Ich kann das nur als Zahlenschwindlerei bezeichnen. Ich kann nicht erkennen, Frau Stewens, wo Bayern Spitze sein sollte. Ich habe mich über ein anderes westliches Bundesland informiert. In Niedersachsen gibt es 18450 Plätze für Kinder von null bis drei Jahren, in Bayern 5559 Plätze. Bayern hat ungefähr 350000 Kinder in dieser Altersgruppe, Niedersachsen knapp 200000. Man muss sich angesichts dieser Zahlen schon fragen, ob Bayern einen Spitzenplatz hat.

(Beifall bei der SPD)

Vorher wurde gesagt, dass auch bei der CSU eine Bewusstseinsänderung bemerkbar sei.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Eine verbale!)

– Zumindest verbal, aber das ist doch schon etwas. Vielleicht folgen dem auch noch Taten.

Mich ärgert etwas, dass Herr Glück nicht mehr hier ist. Er hat nämlich, wenn ich mich recht erinnere, noch vor einiger Zeit gesagt, die Arbeitslosigkeit sei nur deshalb so hoch, weil so viele Frauen arbeiten wollten. Diese Aussage gefällt uns insbesondere im Zusammenhang mit diesem Thema nicht. Das ist nicht in Ordnung.

Im Zusammenhang mit der Bewusstseinsänderung wurde auch die Wirtschaft erwähnt. Herr Dinglreiter, die Wirtschaft ist oft der Motor für Veränderungen in Ihrem Denken. Sie hat ihre Einstellung geändert, weil es ein volkswirtschaftlicher Schaden ist, wenn junge und gut ausgebildete Frauen – und wir sind die Mehrheit und haben meist die besseren Schulabschlüsse – ihren Beruf nicht weiter ausüben. Es ist wichtig, dass wir die jungen Frauen nicht vor die Alternative Kinder oder Beruf stellen, sondern ihnen beides ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist das Teilzeitgesetz ein ganz wichtiger Schritt.

(Dinglreiter (CSU): Das ist kontraproduktiv. Fragen Sie einmal die Wirtschaft!)

– Das ist nicht kontraproduktiv, weil beispielsweise das Audit „Familie und Beruf“ ein Ausfluss dieses angekündigten Gleichstellungsgesetzes ist.

Ich könnte noch viel zu dem Thema sagen, ich muss aber leider zum Schluss kommen. Für uns ist wichtig: Kinder brauchen kompetente Eltern, und Eltern brauchen die Unterstützung des Staates. Der Freistaat Bayern muss noch sehr viel tun, um seiner Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Ich erteile jetzt Frau Kollegin Dr. Fickler das Wort.

Frau Dr. Fickler (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Jahre wieder steht Familienpolitik auf der Agenda des Landtags. Vor einem Jahr haben Sie

von der SPD etwa um diese Zeit auch eine Aktuelle Stunde zum Thema Familienpolitik beantragt. Schon damals haben Sie falsche Argumente gebracht, die sich auch durch Wiederholungen nicht als richtiger erweisen.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Frau Schmidt, Sie haben vorhin gesagt, dass es in Deutschland finster aussehe. Ich gebe Ihnen Recht; denn Sie sind in Deutschland an der Regierung. Was haben Sie denn für die Familien getan?

(Widerspruch bei der SPD)

In welchem Umfang haben Sie das Kindergeld in den knapp vier Jahren Ihrer Regierungszeit erhöht?

(Frau Radermacher (SPD): Sie haben es überhaupt nicht erhöht in der Zeit, in der Sie an der Regierung waren!)

– Frau Radermacher, wir haben immerhin das Kindergeld von 50 DM auf 220 DM pro Kind erhöht. Sie haben seit 1998 das Kindergeld um exakt 50 DM in zwei Schritten erhöht. Das war alles, was Sie bisher geleistet haben. Auf der anderen Seite haben Sie die Ökosteuer eingeführt und den Familien das Geld wieder aus der Tasche gezogen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Schultz, Sie sagten vorhin, wir hätten kein Recht, in der Familienpolitik mitzureden, weil wir nie etwas für die Familien getan hätten. Ich darf daran erinnern, dass die Einführung des Erziehungsgeldes und Erziehungsurlaubs im Jahr 1986 nicht zu Ihrer, sondern zu unserer Regierungszeit erfolgt ist. Dasselbe gilt auch für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung.

Frau Kollegin Schmidt, Sie haben lautstark beklagt, dass es in Bayern überhaupt keine Ganztageskindergärten gebe.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Die Anerkennung der Kindererziehungszeit erfolgte nur aufgrund einer Klage. Freiwillig haben Sie das nicht gemacht!)

Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie in München seit vielen Jahren die Stadtpolitik gestalten. In Bayern besuchen 95% aller Kinder einen Kindergarten. Diese Zahl wäre noch wesentlich höher, wenn die SPD-geführte Stadt München in ausreichender Zahl Kindergartenplätze zur Verfügung stellen würde.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß aus Berichten von jungen Müttern in München, die einen Kindergartenplatz suchen, dass sie vorgeben müssen, in Scheidung zu leben, um eine Chance für einen Kindergartenplatz zu haben.

Gestern hat die SPD eine Pressekonferenz veranstaltet und gefordert, die Personalkostenförderung bei den Kindergärten auf eine neue Grundlage zu stellen, ein

Gesetz zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege bis zum 01.01.2005 in Kraft treten zu lassen, und sie hat einen Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze gefordert. Da kann ich nur sagen: Hallo, SPD, endlich aufgewacht.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie haben anscheinend übersehen, dass die CSU-Landtagsfraktion bereits im letzten Jahr beschlossen hat, 600 Millionen DM für die Kinderbetreuung zusätzlich zu der einen Milliarde DM, die bereits jetzt ausgegeben wird, zur Verfügung zu stellen.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zu den unsäglichen 1,4% Kinderkrippen. Sie haben das Pech, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, dass in dem Länderbericht des Bundesfamilienministeriums die Zahl steht, die – –

(Frau Renate Schmidt (SPD): Die Sie gemeldet haben!)

– Nein, dort steht, dass Bayern an der Spitze der Betreuung liege.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Ich habe mich erkundigt! Das stimmt nicht!)

Sie sollten die Unterlagen des Bundesministeriums lesen. Dies sollte auch die Familienministerin tun, denn Sie scheint nicht gut darüber informiert zu sein, was ihr Ministerium herausgibt.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Wenn Blödheit weh täte, würden manche dauernd schreien!)

Präsident Böhm: Heute beherrschen die Damen den Luftraum so sehr, dass nicht einmal mehr Abgeordneter Freiherr von Rotenhan Zwischenrufe macht.

(Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat vorwiegend Frau Kollegin Dr. Fickler. Allerdings sind die fünf Minuten bald um.

Frau Dr. Fickler (CSU): Noch einige kurze Anmerkungen: Von den GRÜNEN wurde heute die Wahlfreiheit gefordert. Dazu ist zu sagen, dass die Bundesregierung gar nichts für die Wahlfreiheit getan hat. Das sieht man an der Rentenversicherung. Es wurden nur die berufstätigen Mütter gestärkt. Für die Mütter und Väter, die sich der Erziehung der Kinder widmen wollen, ist nichts getan worden.

Heute wurde die geringe Kinderzahl der Akademikerinnen beklagt. Werte Vertreterinnen der regierenden Parteien im Bund, Sie haben beschlossen, die steuerliche Anrechnung der Haushaltshilfe zu streichen. Auch das ist vielleicht ein Grund, warum die Akademikerinnen so wenige Kinder haben.

Ich bitte, unseren Dringlichkeitsantrag anzunehmen. Gleichzeitig beantrage ich namentliche Abstimmung darüber und die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags der SPD.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Hirschmann.

Frau Hirschmann (SPD): Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Ich will versuchen – wie uns vom Kollegen Dingreiter angeraten wurde – die Diskussion wieder auf die bayerische Ebene herunterzuholen. Ich möchte das Thema Kind und Beruf um die ehrenamtliche Tätigkeit ergänzen. Auch sie fordert besondere Maßnahmen heraus, zum Beispiel die Ganztagsbetreuung zu realisieren. Ich gehe davon aus, dass es zur Lebensaufgabe werden wird, die CSU zur Erkenntnis zu bringen – ich sage das in aller Deutlichkeit –, wie wichtig die ergänzenden familienbetreuenden Maßnahmen sind. Meine lange Tätigkeit in diesem Hohen Hause und die heutige Diskussion lassen mich das vermuten.

Wenn nur 27 % der Frauen mit Kindern unter drei Jahren ihre Kinder nur zu 10 % betreuen lassen können, dann ist irgendetwas nicht in Ordnung. Ich kann weder dem Kollegen Unterländer noch der Frau Staatsministerin Stevens zustimmen, die versucht haben, die Probleme auf die Landeshauptstadt München abzuwälzen. Würden Sie im Bayerischen Landtag Ihren Aufgaben nachkommen, hätte die Landeshauptstadt München schon aufgrund der finanziellen Entlastung mehr Möglichkeiten. Sie erfüllen Ihre Pflichten nicht, weil Sie dies nicht als ihre originäre Aufgabe ansehen.

Ich gehe 15 Jahre zurück und erinnere Sie, Herr Kollege Unterländer, an den Kampf in der Landeshauptstadt München, den auch Sie unterstützt haben, als es in Verhandlungen mit dem Land, dem Bund und der Landeshauptstadt München das so genannte Beller-Projekt zur Weiterqualifizierung des Personals der städtischen Säuglings- und Kleinkinderkrippen ging. Warum sage ich das? – Ich sage das, weil Sie in der gesamten Aktuellen Stunde nur auf die Bundesregierung verweisen, aber auf dem anderen Auge blind sind und Ihre landespolitischen Aufgaben nicht wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Weiterhin entnehme ich der Diskussion, dass es zum einen Frauen und Mütter gibt, die zu Hause bleiben. Dies wird von Ihnen immer wieder unterstützt, weil nach Meinung von vielen Ihrer Fraktion die Frau nach Hause gehört, weil dies bei der Erziehung wichtig sei. Diesen Teil trage ich mit. Es gibt zum anderen Frauen – von Rabenmüttern wurde bereits gesprochen –, die aufgrund ihrer Ausbildung und weil sie Spaß an ihrem Beruf haben – ich erinnere an die vielen Lehrerinnen –, Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen.

Sollten Sie sich mittlerweile auch zu dieser Sicht durchgerungen haben, müssten Sie die notwendigen Maßnahmen ergreifen und die Ganztagsbetreuung forcieren.

Darunter verstehe ich nicht nur, dass morgens die Schule und danach die Mittagsbetreuung stattfindet – und das war es. Vielmehr müsste das ganze Schulsystem durchforstet werden. In der heutigen Debatte wurde bereits auf die Pisa-Studie hingewiesen, in der auch zum Ausdruck gebracht ist, dass es nicht nur um Wissensvermittlung geht, sondern auch um andere Maßnahmen, nämlich dass die Familien und insbesondere die Frauen entlastet werden sollten, damit sie ihren Wunsch, Familie, Kinder und Beruf zu vereinbaren, realisieren können.

Sie sagten, wir brächten das Thema alle Jahre wieder. Ich sage: Wir werden nicht locker lassen und Sie immer wieder mit dem Thema konfrontieren, so lange Sie die notwendigen Maßnahmen nicht ergreifen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass es zu beiden Anträgen eine namentliche Abstimmung geben wird. Diese werden etwa in 15 Minuten stattfinden. Wir haben noch drei Wortmeldungen. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Fischer.

Fischer (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe während dieser Aktuellen Stunde das Protokoll der letztjährigen Aktuellen Stunde zum gleichen Thema durchgelesen. Ich habe von Ihnen nichts Neues gehört.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Weil alles noch so schlecht ist. Es hat sich nichts verbessert!)

Ich habe nur in der Zeitung der KAB vom riesigen Engagement der neuen familienpolitischen Sprecherin der SPD auf Bundesebene, Renate Schmidt, gelesen, wonach man sich jetzt unwahrscheinlich stark für die Familien engagieren werde.

Sie haben von Verbesserungen für die Familien gesprochen. Dazu stelle ich fest, dass es nach wie vor die Steuerreform gibt, die auf Familien und Kinder wenig Rücksicht nimmt. Es gibt genügend Beispiele, dass die einkommensschwächeren Familien von der versprochenen Entlastung in Höhe von 1280 Euro weit entfernt sind. Hinzu kommt die Belastung durch die Ökosteuer. Außerdem gibt es die rentenunfreundliche Politik der Bundesregierung.

(Frau Biedefeld (SPD): Wie bitte?)

Es fehlt nach wie vor an einer gerechteren Berücksichtigung der Leistungen der Kindererziehung in der Sozialversicherung.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Steiger (SPD))

Ich zitiere aus Ihrem Eckpunkte-Papier von 1999. Darin heißt es: „Die eigenständige Alterssicherung von Frauen wird verbessert.“

(Frau Steiger (SPD): Ja, deutlich!)

Es wurden zwar die Renten der Frauen mit niedrigem Lohn stärker angehoben. Davon werden aber Mütter, die sich im vollen Umfang der Betreuung und der Erziehung der Kinder widmen, nur ganz schwach berücksichtigt und begünstigt.

(Frau Steiger (SPD): Falsch!)

– Lesen Sie es nach.

Bei dieser Bundesregierung zählen offenbar nur Frauen, die voll im Beruf stehen. Leidtragende sind Frauen, die sich für eine längere Familienphase entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Die werden am wenigsten gefördert, obwohl sie es am nötigsten haben. Wir haben in Bayern gezeigt, welche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf notwendig sind.

Das Thema Teilzeitarbeitsplätze wurde angesprochen: Mit dem bayerischen Gleichstellungsgesetz von 1996 hat die Staatsregierung gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen. Nach diesem Gesetz muss ein ausreichendes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen vorgehalten werden, und es müssen flexible Arbeitsplätze angeboten werden.

Wir wenden uns im zweiten Satz unseres Dringlichkeitsantrages erneut an die Gewerkschaften und an die Arbeitgeber, weil es uns um familiengerechtere Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft und um eine Verbesserung in diesem Bereich geht.

Das Gesetz der Bundesregierung über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge führt zu einer Reduzierung von Frauenarbeitsplätzen. Dieses Gesetz ist kontraproduktiv.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das sagen Sie, ich behaupte das Gegenteil!)

Sie diskutieren über Familienpolitik. Sie sollten über die Arbeitsmarktpolitik und über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung diskutieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Widerspruch bei der SPD)

– Ich denke, ich muss eine Minute Verlängerung der Redezeit bekommen.

Die Leidtragenden der derzeitigen katastrophalen Arbeitsmarktpolitik sind hauptsächlich die Familien und die Frauen; denn die Frauen sind von der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich stark betroffen. Auch Sie kennen die Statistik.

(Widerspruch der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Was wir für eine effektivere Beschäftigungspolitik vorge schlagen haben, das wurde von der SPD fast gänzlich abgelehnt.

Liebe Frau Kollegin Renate Schmidt, in der „Welt am Sonntag“ vom 24. Februar habe ich gelesen, dass die Realisierung der familienpolitischen Vorstellungen der SPD in Berlin erst in der kommenden Legislaturperiode angepackt werden soll.

(Frau Steiger (SPD): Sie müssen das Ganze lesen!)

Eichels Haushaltslöcher machen die Umsetzung unsicher. Renate Schmidt hat wortwörtlich gesagt: „Wir können alles nur schrittweise verwirklichen. Im Moment sind die Voraussetzungen dafür schlecht.“

(Frau Biedefeld (SPD): Ganz genau!)

Ich sage Ihnen, Frau Kollegin Schmidt, besser wird es für die Familien nur, wenn es im Herbst einen Regierungswechsel gibt.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, dafür ist es höchste Zeit. Die von der SPD vor der letzten Bundestagswahl gegebenen Versprechen für die Familien wurden nicht eingehalten.

(Frau Steiger (SPD): Markig, markig!)

Vorhin hat ein Kollege gemeint, in den neuen Bundesländern gibt es eine ganze Menge von Ausbildungsplätzen, ein Überangebot zum Teil. Deshalb gibt es aber auch nicht mehr Kinder.

Ich denke, man sollte auch über den Wertewandel in Deutschland reden. Nur ein Wertewandel führt zu mehr Kindern.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Radermacher.

Frau Radermacher (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst Frau Fickler daran erinnern – sie kann es nicht wissen, sie ist erst seit 1994 Mitglied des Landtages, was kein Vorwurf ist –, dass die CSU ein Kindertagesstättengesetz hier schon abgelehnt hat. Man sollte sich vorher informieren. Sie haben gesagt, wir kämen jetzt auch auf die Idee, ein Kindertagesstättengesetz zu fordern. Die CSU hat ein solches von uns vorgelegtes Gesetz in der Zeit vor 1994 nicht nur einmal abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Fischer hat uns amüsiert. Manchmal hat man den Eindruck gehabt, dass er das, was er abliest, eigentlich gar nicht versteht.

(Kobler (CSU): Das war eine sehr gute Rede!)

Zum Hinweis, dass erst alles besser wird, wenn Herr Stoiber in Berlin regiert, kann ich nur sagen: Herr Stoiber hat bis zu dem Zeitpunkt, ab dem er Enkelkinder hatte,

überhaupt nicht gewusst, dass es berufstätige Frauen und Mütter gibt. Das war erst ab diesem Zeitpunkt in seiner Wahrnehmung.

(Beifall bei der SPD)

Zurück zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die CSU hat dieses Thema weiß Gott nicht auf der politischen Tagesordnung gehabt. Wenn man wohlwollend wäre, dann könnte man es positiv sehen und sagen, seit kurzem steht es auf ihrer politischen Tagesordnung; sonst hätten alle unsere Anträge, die wir in den letzten zehn Jahren gestellt haben, längst eine Mehrheit finden müssen.

Herr Dinglreiter hat sich verraten. Spätestens dann, als die bayerischen Arbeitgeber massiv über die mangelnde Verfügbarkeit von Frauen für die Arbeitswelt geklagt haben, ist die CSU aufgewacht und hat dieses Thema auf ihre Tagesordnung gesetzt, allerdings mit sehr unterschiedlicher Gewichtung.

Sehr lobenswert waren die Ausführungen der Frau Ministerin, die anlässlich des Weltfrauentages sagt: Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter. Darin stimmen wir vollkommen überein.

(Abgeordneter Dr. Goppel (CSU) betritt den Plenarsaal)

– Das trifft sich gut, Herr Goppel kommt gerade. Die Männer in der CSU-Fraktion sehen das noch anders. Herr Goppel hat auch gemeint, er müsste etwas zum Weltfrauentag sagen. Er hätte lieber schweigen sollen. Seine Aussage war nämlich verräterisch.

(Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

Er hat ausgeführt – hören Sie zu: Jeder Frau und Mutter muss es möglich sein, zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit zu entscheiden. Von Vätern und von Vereinbarkeit von Beruf und Familie war nicht die Rede.

Ich nehme diese Äußerung zum Anlass und behaupte: Alle, wie Sie hier sitzen, meine Damen und Herren von der CSU-Fraktion, sind noch weit davon entfernt, das nachzuvollziehen, was die Frau Ministerin längst verbal fordert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ich sehe, der linke Teil des Hauses hat den feinen Unterschied gemerkt.

Ich will aber noch ein Wort zur Wahlfreiheit sagen: Was ist das für eine Wahlfreiheit, wenn keine Betreuungsplätze zur Verfügung stehen? Was soll gewählt werden, wenn keine ausreichenden Einrichtungen mit Hortplätzen und Plätzen für die Ganztagsbetreuung zur Verfügung stehen?

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zahl der Kinder!)

– Hervorragender Zwischenruf. Die Frau Ministerin hat anlässlich des Weltfrauentages festgestellt, die Erfolge in der frauenpolitischen Entwicklung in Bayern könnten sich sehen lassen und führt an, dass unter den Flächenländern im westlichen Bundesgebiet Bayern mit 67% den höchsten Anteil erwerbstätiger Frauen habe.

Sie hat es eben auch gesagt. Vielleicht kann mir jemand helfen: Wo bitte ist da das Verdienst der Staatsregierung, dass 67% der Frauen in Bayern arbeiten, obwohl Betreuungsplätze fehlen? Diese Frauen nehmen unendlichen Stress auf sich, um ihre Arbeit zu bewältigen und Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Selbst diese Zahl wird dazu benutzt, um zu sagen, Bayern stehe an der Spitze der Bewegung.

(Frau Fickler (CSU): So schlecht kann es gar nicht sein, sonst hätten wir keine so hohe Berufstätigkeit bei den Frauen!)

Sie hat außerdem gelobt, dass der Frauenanteil in Führungspositionen im öffentlichen Dienst so zugenommen hat. Ich will nur ein Beispiel nennen. Karrierechancen für Frauen sind hier in Bayern noch sehr selten: Sieben Regierungspräsidenten plus Stellvertreter, darunter ist nur eine Frau.

Ich muss zum Schluss kommen. Ich hätte gerne noch Frau Hohlmeier gefragt, wann sie endlich auf das Angebot der bayerischen Wirtschaft eingeht und die sieben Ganztagschulen, die von dort finanziert werden sollen, installiert.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es Ihnen ernst ist mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar für Männer und Frauen, dann müssen Sie auch dafür sorgen, dass ein positives Klima in diesem Land für diese Vereinbarkeit herrscht. Sie müssen sich dann von der Aussage Ihres Landesgruppenchefs distanzieren, der Folgendes gesagt hat: „Die Frauen regieren die Welt noch immer über die Männer. Das wird auch noch eine Weile so bleiben.“ Ich denke, das ist verräterisch und zeigt sehr deutlich, was Sie von diesem Thema eigentlich halten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Letzte Wortmeldung: Herr Kollege Schneider.

Siegfried Schneider (CSU): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das heutige Thema – Kollege Dinglreiter hat es sehr deutlich gesagt – muss in seiner Gesamtheit, in der ganzen Breite gesehen werden. In den ersten Wortmeldungen der SPD war das nur in einer Richtung gesehen worden.

(Frau Radermacher (SPD): Wieso eigentlich? Das stimmt doch gar nicht!)

Deshalb möchte ich noch ein paar Anmerkungen zur Ganztagsbetreuung machen, zu den Angeboten, wie wir

sie beschlossen haben. Kollege Unterländer hat darauf verwiesen, dass in den nächsten Jahren dafür 300 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, so dass wir für sieben Prozent der unter Dreijährigen Krippenplätze und für 15 Prozent der Schulkinder Ganztagsbetreuungsplätze zusätzlich schaffen können.

Frau Schmidt, Sie haben auf Rheinland-Pfalz verwiesen. Frau Ministerin Stewens hat ja bereits deutlich gemacht, dass die Inhalte dieses Konzepts mit der Ganztagschule im klassischen Sinne nur wenig zu tun haben.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Renate Schmidt (SPD))

Frau Schmidt, es ist eine offene Ganztagschule; schauen Sie sich die Konzepte an. Sie decken sich zum Teil wörtlich mit den Konzepten, die wir in Bayern beschlossen haben.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Renate Schmidt (SPD))

Wenn Sie das hinzurechnen, was wir an Ganztagsplätzen in den nächsten Jahren schaffen werden, dann werden wir – da sind wir uns sicher – die Zahl von 300 Schülern in Bayern am Ende dieser Zeit auch erreichen.

Die Finanzierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nach unserer Auffassung eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Kommunen. Das sehen nicht nur wir so, sondern auch Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein.

Unsere Konzepte für Ganztagsbetreuungsangebote – ich will es Ihnen nochmals sagen; anscheinend muss man es Ihnen drei-, vier-, fünfmal sagen, bis Sie es zur Kenntnis nehmen –, umfassen neben der Mittagsverpflegung, neben der Betreuung bei der Erledigung der Hausaufgaben und neben Förderkursen auch sportliche, musische und gestalterische Aktivitäten, also die ganze Bandbreite der Förderung der Kinder. All das ist in unseren Angeboten enthalten.

Wir meinen, die Umsetzung vor Ort ist der richtige Weg. So wird die konkrete Gestaltung nicht irgendwo „verabreicht“, sondern erfolgt in enger Abstimmung mit der Schule, mit der Kommune, mit Trägern und Eltern, um den tatsächlichen Bedarf vor Ort zu klären, um die Situation vor Ort aufzugreifen, um die Wahlmöglichkeit für Eltern und für Schüler zu gewährleisten und natürlich auch die ausgezeichnete Jugendarbeit der Vereine und der Verbände in Zukunft einzubeziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Bundeskanzler Schröder jetzt sagt, er wolle die Ganztagschule zur Chefsache machen, sage ich: Wenn er das genauso macht wie bei der Chefsache Ost oder bei der Chefsache Arbeitsmarkt, dann wird da nicht viel passieren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD))

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Zu einer kurzen Wortmeldung noch einmal Frau Staatsministerin Stewens, bitte schön.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Ich möchte, Herr Präsident und liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz kurz einige Richtigstellungen vornehmen.

Kollege Schultz hat die Förderung der Mütterzentren angesprochen. Abgesehen davon, dass wir eines der wenigen Bundesländer sind, die überhaupt Mütterzentren fördern, werden bei der Förderung die Abschlagszahlungen vierteljährlich überwiesen. Etwas anderes verlangen wir von den Mütterzentren nicht. Was hier behauptet worden ist, ist schlicht und einfach falsch.

Ich möchte hinzufügen, dass wir in diesem Jahr auch noch einsteigen

(Glocke des Präsidenten)

in die Förderung der Selbsthilfegruppen, der Mutter-Kind-Gruppen. Auch hier sind wir unter den Ländern in Deutschland einzigartig.

Auch zur Kinderbetreuung bei den unter Dreijährigen möchte ich etwas sagen. Nach der jüngsten Abfrage durch das Bundesfamilienministerium sind von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bezüglich der Betreuung der unter Dreijährigen überhaupt keine Daten genannt worden. Und, Herr Kollege Schultz, Sie haben es auch ganz klar gesagt: Die Daten aus dem Jugend- und Familienbericht sind von 1999; wir schreiben aber das Jahr 2002. Bitte, nehmen Sie das endlich zur Kenntnis!

Und das lassen Sie mich ebenfalls noch sagen: Kein Land der Bundesrepublik Deutschland kann wie wir eine Familienoffensive mit 313 Millionen Euro aufweisen. Bayern geht hier bei der Kinderbetreuung in die Offensive.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich lasse jetzt noch über die mit zur Beratung aufgerufenen Dringlichkeitsanträge abstimmen. Zu beiden ist namentliche Abstimmung beantragt.

Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Kinder und Beruf vereinbaren!“ auf Drucksache 14/8993 abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt: die Ja-Urne auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion; die Urne für Stimmenthaltungen befindet sich wie immer auf dem Stenografentisch.

Mit der Abstimmung kann jetzt begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 16.56 bis 17.01 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Zwischenzeitlich führen wir die namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit auf Drucksache 14/8994 durch. Bei dieser Abstimmung steht die Ja-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion, die Nein-Urne auf der Seite der Opposition. Man kann in die Nein-Urne aber auch Ja-Stimmen werfen; denn wie ich sehe, hat die SPD Zustimmung signalisiert. Es gilt: Alle Stimmzettel können in jede Urne eingeworfen werden.

Jetzt kann mit der Stimmabgabe begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.02 bis 17.07 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 3

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hufe, Hoderlein, Peters und anderer (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes (Drucksache 14/5613)

– Zweite Lesung –

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Hufe.

Hufe (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD legt Ihnen einen Gesetzentwurf vor, der die Auswahl des Spitzenpersonals beim Bayerischen Rundfunk demokratischer und transparenter gestalten soll. Dazu wollen wir das Bayerische Rundfunkgesetz ändern. Gemäß unserem Vorschlag sollen die Direktoren, die leitenden Angestellten, die so genannten Hauptabteilungsleiter, also etwa Herr Dr. Fuchs, Herr Gottlieb oder Frau Scharnagel, in Zukunft vom Rundfunkrat gewählt und nicht nur bestätigt werden.

Jetzt ist es so, dass der Intendant einen Vorschlag macht, ohne vorher öffentlich auszuschreiben. Nach dem Motto „friss oder stirb“ kann dann der Rundfunkrat zustimmen oder ablehnen. Nun wird aber im öffentlichen Bereich normalerweise öffentlich oder zumindest intern ausgeschrieben. Diesem Wettbewerb müssen sich beim Bayerischen Rundfunk auch die über 3000 Mitarbeiter stellen: die Kameraleute, die Techniker und Technikerinnen, die Redakteure und Redakteurinnen, die Verwalter

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... und Verwalterinnen!)

usw.

Dies soll aber nicht für die 30 Führungskräfte des Bayerischen Rundfunks gelten. Da frage ich mich: Wieso soll das für diese 30 Führungskräfte nicht gelten, wenn es doch auch ganz oben für den Intendanten gilt? Auch dieser kann Gegenkandidaten bekommen, und dann wird demokratisch abgestimmt.

Wir wollen, dass der Intendant gemäß unserem Gesetzentwurf nach öffentlicher Ausschreibung eine Vorschlagsliste vorlegt, die mindestens drei Namen enthalten muss. Dieser Vorschlagsliste muss eine Würdigung der fachlichen und persönlichen Eignung und der Eignung für die Mitarbeiterführung der Vorgeschlagenen sowie eine Stellungnahme der Frauenbeauftragten beigefügt sein. Bei Wiederwahl kann auf diese Ausschreibung und auf die Vorschlagsliste durch Beschluss des Rundfunkrats verzichtet werden.

Das ist ein Verfahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sich an das Verfahren zur Berufung von Professoren anlehnt. Ich glaube, was dazu dient, die Besten für die Hochschulen auszusuchen, was also auf der Seite der Universitäten richtig ist, kann auf der anderen Seite nicht ganz falsch sein.

Wir sind in Bayern in so manchen Bereichen Vorreiter, und es würde uns gut anstehen, wenn wir auch im Bereich Demokratie und Transparenz Vorreiter wären. Wir glauben also, dass, was für die Universitäten richtig ist, auch für die anderen öffentlichen Bereiche richtig sein kann, insbesondere wenn es sich um Spitzenpersonal für den Bayerischen Rundfunk handelt.

Der Intendant, in diesem Fall noch der alte, hat unseren Gesetzentwurf abgelehnt. Das ist verständlich, da es für den Intendanten ja einen Machtverlust bedeuten würde. Auch Teile des Rundfunkrates haben die Neuregelung abgelehnt; ich will das ganz ehrlich sagen.

(Hofmann (CSU): Überwiegend!)

– Wir haben nicht abgestimmt, Herr Kollege. Das hätten wir zwar tun können, aber wir haben es nicht getan.

Das hängt wohl damit zusammen, dass Bayern damit auch Vorreiter für die ARD wäre. Ich sage es noch einmal: Es könnten zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk ja auch einmal konstruktive Vorschläge aus Bayern kommen. Bisher hat der Kandidat die ARD immer nur dazu benutzt, um Drohungen, zum Beispiel beim Finanzausgleich oder in ähnlichen Bereichen, unter das deutsche Volk zu bringen.

Vielleicht hängt die Ablehnung des neuen Gesetzes durch Teile des Rundfunkrates aber auch damit zusammen, dass die CSU sehr frühzeitig signalisiert hat, dass sie den SPD-Vorschlag ablehnt, obwohl wir durchaus verhandlungsbereit gewesen wären, etwa dazu, dass man etwa den stellvertretenden Intendanten ausnimmt oder das Wahlgremium verkleinert.

Die CSU lehnt also ab, und man muss sich schon einmal fragen: Warum lehnt die CSU ein Verfahren ab, das demokratischer und transparenter ist? Das einzige Motiv, das mir dazu einfällt: Machtverlust. Dazu passt die

Aussage des medienpolitischen Sprechers – der „Rundfunkriese“ Söder ist nicht da, wie ich sehe –, der in solchen Fällen immer zu sagen pflegt: Das dürfen wir uns nicht aus der Hand nehmen lassen. Vielleicht kann man so etwas denken, aber man sollte es nicht sagen, wie man überhaupt an den Abstimmungen im Rundfunkrat feststellen kann, dass das nicht immer so funktioniert.

(Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Es ist wenig verwunderlich, dass der „Spiegel“ in seinen Artikeln über den Freistaat Bayern schreibt:

In den vergangenen zwei Jahren hat die CSU den Bayerischen Rundfunk zu ihrem Lautsprecher gemacht, vor allem durch Personalpolitik. Im Funkhaus wird keine Spitzenposition besetzt, ohne dass die Staatskanzlei, oft auch Stoiber selber, den Segen dazu gibt.

Das ist ein Zitat aus dem „Spiegel“.

(Hofmann (CSU): Deshalb muss es noch lange nicht richtig sein!)

– Nein, aber ich denke einmal, es kann die Argumentation unterstützen.

(Hofmann (CSU): Wenn sie aber falsch ist?)

Das Ergebnis des „Spiegel“ lautet:

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Wilhelm (CSU))

– Ich habe Sie nicht verstanden.

(Dr. Wilhelm (CSU): Wenn es falsch ist, unterstützt es die Argumentation nicht!)

– Aber der „Spiegel“ ist ja nicht das einzige Presseorgan in der ganzen Landschaft. Ich höre überall von „Schwarzfunk“ und „Staatsfunk“. Nehmen Sie zum Beispiel die Berichterstattung der „Nürnberger Nachrichten“ über die Wahlen im Freistaat Bayern. Das ist eine schallende Ohrfeige für das, was der Bayerische Rundfunk in seiner Berichterstattung über die Kommunalwahlen im Fernsehen geboten hat. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

(Glück (CSU): Seit wann sind denn die „Nürnberger Nachrichten“ die Instanz?)

– Nein, aber es ist ein Beispiel. Er hat gesagt „Spiegel“, ich sage „Nürnberger Nachrichten“ oder „Süddeutsche Zeitung“. Ich könnte Ihnen, Herr Kollege Glück, seitenweise die „Pressespiegel“ vorlesen, die Sie ja auch bekommen, wo darüber geschrieben wird, dass der Einfluss der Staatskanzlei auf den Bayerischen Rundfunk schon sehr groß ist.

Der „Spiegel“ folgert:

Vor allem der Bayerische Rundfunk macht dem Landesvater viel Freude. Gern, ausgiebig und unkritisch schwärmen BR-Journalisten für ihre Nachrichten-

sendungen und Magazine übers Land, um dem Ministerpräsidenten und seiner Partei zu huldigen.

(Zuruf des Abgeordneten König (CSU))

– Das kritisieren Sie doch immer, Herr König. Wollen Sie die SPD-Zeitung, den „Vorwärts“, und den Bayerischen Rundfunk auf die gleiche Stufe stellen?

Ich möchte differenzieren zwischen dem Hörfunk und dem Fernsehen. Warum schafft es der Hörfunk, für alle eine ausgewogene Berichterstattung herzubringen? Warum schafft es der Hörfunk immer wieder, objektiv zu berichten, sodass jeder zwar mal beleidigt ist, aber jeder sich wiederfindet? In den politischen Berichterstattungen des Bayerischen Fernsehens ist so etwas eben nicht festzustellen. Das Bayerische Fernsehen macht in allen Bereichen gutes Programm, warum nicht auch bei der politischen Berichterstattung? Das ist die Frage, die im Raum steht. Das hängt doch wohl damit zusammen, welche Leute im Fernsehen maßgeblich sind. Da ist es doch eine sehr honorige Aufgabe der Opposition, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die Auswahl dieses Personals transparenter gemacht wird.

Ich darf noch einmal auf die vernichtende Kritik der „Nürnberger Nachrichten“ an der unanalytischen Berichterstattung zur Kommunalwahl hinweisen. Dem Professor Oberreuter müssen die Ohren geklungen haben. Ich sehe übrigens keinen anderen Kommentator im Bayerischen Rundfunk als immer wieder nur Herrn CSU-Professor Oberreuter.

(Gabsteiger (CSU): Weil er halt der Beste ist!)

Es ist doch die Frage, ob man bei so vielen Hochschulen in Bayern irgendwann mal einen anderen herbringen könnte, der uns nicht immer wieder das Gleiche erzählt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe ja nichts dagegen, wenn der Bayerische Rundfunk ein Porträt des Kandidaten Stoiber macht. Das ist in Ordnung. Dass das ein bisschen glorifizierend ausfiel, ist auch in Ordnung. Aber dass man viermal den Professor Oberreuter zitieren lässt, der sogar den Schösser noch in den Schatten stellt mit seinen Kommentaren, das ist ein Armutszeugnis für die öffentlich-rechtliche Berichterstattung in diesem Land. Das sehen nicht nur die „Nürnberger Nachrichten“ so, nicht nur die „Süddeutsche Zeitung“, nicht nur der „Spiegel“, sondern das geht überall durch bis hin zu den evangelischen Medien.

Dazu passt natürlich auch – wir werden das am Donnerstag im Plenum des Rundfunkrates besprechen – der Auftritt von Waldemar Hartmann bei der Münchner CSU. Was 1998 für Herrn Koch per Anweisung verboten wurde, ist für Waldemar Hartmann und die CSU wohl völlig in Ordnung. Aber wie gesagt, das werden wir am Donnerstag im Rundfunkrat besprechen; dort wird das zu verhandeln sein.

Es gäbe noch vieles mehr zu sagen. Aber ich glaube, der Kern des Anliegens ist deutlich geworden.

(Hofmann (CSU): Sehr richtig!)

– Kollege Hofmann, der liebe Gott hat Ihnen zwei Ohren gegeben und einen Mund sowie ein Hirn, um darüber nachzudenken, warum das so ist.

Wenn Sie das Wohl unseres Landes im Auge haben, wenn Sie an objektiver und kompetenter Berichterstattung interessiert sind, wenn Sie journalistische Unabhängigkeit für ein hohes Gut halten, dann sollten Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege von Redwitz.

Freiherr von Redwitz (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist ja ganz gut, dass Herr Hufe den Antrag noch einmal erklärt hat. In diesen Erklärungen kam aber nichts Neues mehr, denn wir haben ausnahmsweise bei der Ersten Lesung diesen Gesetzentwurf schon ausgiebig diskutiert mit allem Für und Wider. Inzwischen wurde er auch in den Ausschüssen besprochen. Bisher gab es keine neuen Erkenntnisse.

Es gibt für diesen Antrag eigentlich auch keinen wirklichen Grund.

(Hofmann (CSU): So ist es!)

Es gibt einen Hintergrund und einen Anlass – das wurde bei der Ersten Lesung kundgetan –, nämlich die Berufung einer Person, mit der die SPD nicht einverstanden war, und das war damals auch noch relativ schäbig argumentiert; denn Sippenhaft gibt es auch in Bayern nicht, meine Damen und Herren, dabei bleiben wir auch.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Wilhelm (CSU))

Das war anscheinend Grund bzw. Hintergrund und Anlass für dieses Gesetz.

Am meisten erstaunt mich an diesem Gesetzentwurf, dass die SPD, nämlich Kollege Starzmann, die gerade aus aktuellem Anlass sehr deutlich für die Politikferne des Rundfunks argumentiert, ohne einen wirklichen Grund in die freie Handlungsfähigkeit des Bayerischen Rundfunks eingreifen will durch einen Gesetzentwurf, den niemand möchte: den die Betroffenen nicht möchten, den der Bayerische Rundfunk nicht braucht, den es nirgends in ganz Deutschland gibt, für den nirgends Bedarf ist. Es gibt kein Defizit in den Entscheidungskompetenzen des Bayerischen Rundfunks – das haben wir schon dargelegt, deshalb breite ich das jetzt nicht mehr aus. Es gibt keinen anderen Rundfunkrat in Deutschland, der so viel Entscheidungskompetenzen hat wie der Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Wilhelm (CSU))

Weil das so ist, gibt es hier kein Defizit, also keinen sachlichen Grund dafür, etwas Neues einzuführen.

Ich will Sie deshalb nicht noch einmal mit der Argumentation und der Erklärung ermüden, wo bei der Intendantenverfassung der Unterschied liegt zur Berufung von Universitätsprofessoren. Der Bayerische Rundfunk ist eben kein Unternehmen wie die Universität. Er ist ein öffentlich-rechtliches Unternehmen. Wir verlangen vom Intendanten auch qualifizierte Unternehmensführung. Er muss entscheiden können, er muss rasch entscheiden können, er muss eigenständig entscheiden können, und im Gegensatz zum System bei der Universität haftet er auch für alle seine Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, die Betroffenen haben nicht danach gerufen, etwas zu verändern. Der Bayerische Rundfunkrat kommt seiner Kontrollfunktion in allen Formen ausgiebigst nach. Es gibt durchaus die Möglichkeit, vom Intendanten vorgeschlagene Personen der beschriebenen Art abzulehnen, nicht zu bestätigen. Auch dies ist schon passiert, gottlob nur in seltenen Fällen; denn für die Intendanten wäre es ein schlechtes Zeichen, wenn so etwas öfter passiert wäre.

Herr Hufe, der bisherige Intendant, hat, wenn man versucht hat, ihn in die Abhängigkeit der Staatskanzlei oder einer politischen Partei zu bringen, immer außerordentlich scharf und deutlich ablehnend reagiert. Sie wissen das; Sie haben das einmal provoziert und die angemessene Antwort erhalten. Der neue Intendant wird sich genauso unabhängig wie der alte Intendant verhalten. Der Rundfunk ist öffentlich-rechtlich und allen in gleicher Weise verpflichtet.

Was Sie vorhin zum Programm gesagt haben, lasse ich dahingestellt; denn wir brauchen uns heute nicht um das Programm zu kümmern, sondern es geht um Ihren Gesetzesantrag. Sie haben sich damals durch Berichterstattungen in den Medien motivieren lassen. Damals war Ihre Begründung, dass die Zeitungen voll mit Mutmaßungen gewesen seien. Sie berufen sich jetzt wieder auf irgendwelche Medien. Was der „Spiegel“ oder andere schreiben, meine ich, kann für unsere Beurteilung, wie wir den Bayerischen Rundfunk organisieren und kontrollieren, nicht entscheidend sein. Deshalb werden Sie sich nicht darüber wundern, dass wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge. Bitte.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bayerische Rundfunkrat soll den Bayerischen Rundfunk bekanntermaßen kontrollieren, soll auch die BR-Spitze, hier namentlich den Intendanten beraten. Wie der Einkauf der Fußball-WM 2002 – ein ganz aktuelles Thema – und jetzt Überlegungen zum Rechteinkauf für 2006 zeigen, ist man beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk doch überaus beratungsresistent. Man will trotz guten anderweitigen Rates von uns wieder einmal in die Vollen gehen.

Überhaupt hat der Intendant, auch beim Bayerischen Rundfunk, eine sehr, sehr starke Stellung. Wir haben bekanntermaßen eine Intendantenverfassung. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Mitwirkung des Rundfunkrates gestärkt werden, der immerhin nicht mehr und nicht weniger als Sachwalter der Interessen der Allgemeinheit ist. Bisher wurden die Mitglieder des Rundfunkrats bei Bestellungen hinsichtlich Direktorium und Hauptabteilungsleiter vor das Motto gestellt: Vogel frisst oder stirbt.

Es gab einen konkreten Anlass für die SPD-Fraktion, der heute vom Kollegen von Redwitz genannt worden ist, diesen Gesetzentwurf einzubringen. Das war die Besetzung der Hauptabteilungsleitung Kultur im letzten Jahr. Meines Erachtens gab es ein ungutes Vor- und vor allem Nachtarock. In diesem Zusammenhang gab es den Abgang der Kollegin Renate Schmidt. Das waren Vorgänge, die wenig erbaulich waren und vor allem auch zum Schaden der Person und des Bayerischen Rundfunks insgesamt waren.

Es gibt noch ein anderes Beispiel, nämlich die Intendantenwahl. Da gab es tatsächlich eine Wahl, obwohl der schwarze Rundfunkriese, vorhin schon zitiert, vorher laut getönt hat: Die CSU darf sich die Intendantenwahl nicht aus der Hand nehmen lassen. Vielleicht war genau dieses kontraproduktiv. Auf alle Fälle gab es eine Wahl, und ich meine, in jedem Fall haben wir vom Bayerischen Rundfunk uns sehr wohltuend von den Kolleginnen und Kollegen des ZDF abgehoben – erinnern wir uns an das jüngste Theater der Intendantenwahl beim ZDF.

Aufgrund dieser Erlebnisse sehen wir im Gesetzentwurf der SPD-Fraktion mehr eine Chance als ein Risiko. Herr Kollege von Redwitz, selbstverständlich gibt es einen Zusammenhang zwischen Programm und Köpfen und eben der Bestellung der Köpfe. Ich drehe jetzt einmal die Argumentation des Herrn Hufe um oder greife sie argumentativ von einer anderen Seite auf. Wenn der Rundfunkrat Wahlmöglichkeiten hat und wenn die Bestellung und dann die Wahl der Leute transparenter ist, dann ist auch leicht zu belegen: Seht einmal her; der Kandidat oder die Kandidatin des Intendanten ist der Beste, hat die besten Referenzen, ist am besten für diesen Job geeignet. Wir würden uns damit einiger Schwierigkeiten entledigen können. Deswegen bitte ich um Zustimmung. Wir unterstützen den Gesetzentwurf der SPD.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 14/5613 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen der Beschlussfassung des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich auf gleiche Weise anzuzeigen. – Das ist die

Fraktion der CSU. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich darf jetzt die Abstimmungsergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Bei der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 14/8993 betreffend Kinder und Beruf vereinbaren haben mit Ja 67 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 89 gestimmt. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Bei der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 14/8994 betreffend Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit haben 151 Kolleginnen und Kollegen mit Ja gestimmt, mit Nein niemand. Zwei haben sich der Stimme enthalten. Der Dringlichkeitsantrag ist angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 4

Antrag der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 1999 (Drucksache 14/5185)

Tagesordnungspunkt 5

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 1999 für den Einzelplan 11 (Drucksache 14/5454)

Ich darf in unserer Mitte in der Diplomatenloge die Vertreter des Obersten Rechnungshofes, an ihrer Spitze Herrn Präsident Metzger ganz herzlich begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

In der gemeinsamen Aussprache hat nun Herr Kollege Hartmann das Wort. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Bitte, Herr Kollege Hartmann.

Hartmann (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Anfang Dezember des letzten Jahres hat der Rechnungshof seinen Jahresbericht 2001 vorgelegt. Im Februar, vor wenigen Wochen also, wurde der Bericht im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ausführlich erörtert und beschlossen, welche Konsequenzen zu ziehen sind. Infolgedessen entscheiden wir heute über die Entlastung der Staatsregierung für die Haushaltsrechnung des Haushaltsjahres 1999 und über die Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes aufgrund seines Beitrags zur Haushaltsrechnung für den Einzelplan 11.

Die Vorgehensweise des Rechnungshofes, seine Prüfungen nicht nur auf den korrekten und konkreten Vollzug sowie auf die Ordnungsmäßigkeit zu begrenzen, sondern im Sinne eines modernen Controllings auch Finanzierungssysteme und Regelwerke auf den Prüfstand zu stellen, begrüßen wir Sozialdemokraten ausdrücklich. Der ORH und die Rechnungsprüfungsämter haben wieder eine gute Arbeit geleistet. Dafür darf ich im Namen der SPD-Fraktion allen Beteiligten unseren Dank aussprechen. Deshalb werden wir dem Antrag des ORH auf Entlastung – Tagesordnungspunkt 5 – unsere Zustimmung erteilen.

Den Antrag auf Entlastung, den die Staatsregierung eingebracht hat, werden wir ablehnen. Ich möchte das nachfolgend mit einigen Beispielen begründen. Der Vollzug des Haushaltsplanes 1999, der durch das Haushaltsgesetz in Einnahmen und Ausgaben auf rund 63 Milliarden DM festgesetzt wurde, zeigt wieder eine breite Palette gravierender Verfehlungen und Verstöße gegen die Haushaltsgrundsätze. Diese spiegeln nach unserer Überzeugung nur die Spitze eines Eisberges wider.

Der ORH-Bericht sollte als Schwachstellenanalyse verstanden werden. Eine gravierende Schwachstelle ist seit Jahren die Personalausgabenquote des Freistaates, die im Vergleich zu den anderen Flächenländern West über dem Durchschnitt liegt, wobei die Tendenz steigend ist. So betrug der Abstand zum Durchschnittswert der westdeutschen Flächenländer im Jahre 1998 noch 0,5%, 1999 0,6% und im Jahr 2000 1,5%. Diese Zahlen hat der Finanzminister am 25. Februar zum Vollzug des Haushalts 2001 mitgeteilt.

Ziel bayerischer Finanz- und Personalpolitik müsste es sein, diesen Trend zu stoppen und die Quote innerhalb von zwei Doppelhaushalten auf den Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer zurückzuführen. Deshalb ist es wichtig, dass sich das Parlament einmal ernsthaft mit den Ursachen der hohen Personalausgabenquote auseinander setzt. Der ORH-Bericht 2001 und die Berichte der Vorjahre liefern eindeutige Hinweise. Durch alle Ressorts zieht sich die liebe Not, die die Bayerische Staatsregierung mit der Informationstechnologie hat. Liebe Kollegen von der Regierungspartei, ich weiß, dass Ihnen diese Aussage überhaupt nicht in den Kram passt. Wenn Sie aber genau hinsehen, werden Sie erkennen, dass sehr viel Sand im Getriebe ist. Salopp formuliert: In vielen Amtsstuben klemmt der Laptop in den Lederhosen. Ich möchte jedoch differenzieren: Natürlich gibt es auch positive Beispiele, etwa das Standortinformationssystem Bayern SISBY. Über diese hervorragende Datenbank können sich Ansiedlungswillige über das Gewerbeflächenangebot in allen Regionen Bayerns informieren. Mir geht es nicht darum, alles schlecht zu reden. Ich möchte vielmehr eine Schwachstellenanalyse vornehmen, die Aufschluss darüber gibt, warum die Personalausgabenquote Bayerns seit Jahren über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer liegt.

Das erste Beispiel, das ich anführen möchte, sind die Reisekostenabrechnungen. Für die Abrechnung der Reisekosten der 320 000 Beamten, Richter, Arbeitnehmer und Azubis des Freistaates werden derzeit etwa

300 Vollzeitkräfte bei sage und schreibe 1285 Dienststellen eingesetzt. Von einer effektiven Konzentration kann hier nicht die Rede sein. Von den 1285 Dienststellen verfügten 787 über das entsprechende Softwaresystem. Dieses System war aber im Oktober 2000 nur bei 228 Dienststellen im Einsatz. In einigen Bezirksregierungen wurden zwischen 23 und 75% aller Fälle manuell abgerechnet. Ich möchte dieses Beispiel auf den Schienenverkehr übertragen: Sie fordern den Transrapid und spannen eine Dampflok als Zugmaschine vor.

(Hoderlein (SPD): Laptop-Land!)

Das zweite Beispiel betrifft den Einsatz moderner EDV in den Zivilabteilungen der Amtsgerichte. Zum Zeitpunkt der ORH-Prüfung gab es erhebliche organisatorische Schwachstellen und einen unzureichenden Einsatz der Datenverarbeitung. Konkret mangelte es an einer modernen Textverarbeitung – ein Werkzeug, das auch im Jahr 2000, als der ORH prüfte, eine Selbstverständlichkeit war. Durch den Einsatz eines Textverarbeitungsprogramms wäre eine Personaloptimierung von 28% möglich gewesen.

Ein drittes Beispiel: Das Bezügeabrechnungsverfahren ist ein besonders markanter Fall, der in der Verantwortung des Finanzministeriums liegt. Hier ist ein aus den Sechzigerjahren stammendes Verfahren im Einsatz. Im Juni 1996 hat das Finanzministerium die Bezirksfinanzdirektion München mit der Erstellung eines Grobkonzeptes für ein neues Verfahren beauftragt, um moderne IT-Strukturen einzuführen. Im August 1999 wurden die Ergebnisse der Untersuchung zur Neuentwicklung eines IT-Verfahrens vorgelegt. Die Untersuchung dauerte also drei Jahre. In den Planungen war vorgesehen, im Herbst 2001 eine europaweite Ausschreibung vorzunehmen, um im Jahr 2004 mit der Umstellung zu beginnen.

Das Land Thüringen – man höre und staune – hat es im Jahre 2001 geschafft, nach einer Übernahmephase von nur zehn Monaten ein bestehendes Verfahren abzulösen. Ich halte das für unglaublich: Thüringen hat ein Problem in nur zehn Monaten gelöst, während Bayern für das gleiche Problem eine Planungsphase von 1996 bis zum Jahr 2004 benötigt, insgesamt also acht Jahre. Bayern hätte seit dem Jahre 1996 die Möglichkeit gehabt, kostenlos ein Verfahren aus Baden-Württemberg zu übernehmen. Dadurch wären 34 Millionen DM eingespart worden. Erwin Huber, der Hightech-Beauftragte der Staatsregierung, sollte einmal einen Wochenend-Crashkurs in Erfurt absolvieren, damit er dem Finanzminister, der immer alles besser können will, eine Frist von fünf Monaten setzen kann.

Das vierte Beispiel bezieht sich auf das Programm „top elf“ zur Förderung der Telematik im ländlichen Raum. An diesem Beispiel zeigt sich landauf landab deutlich, wie in Bayern die Laptops in den Lederhosen klemmen. Das Anfang 1997 verabschiedete Programm sollte der Errichtung von 40 Telezentren dienen. Bis heute existieren lediglich 19 Zentren, von denen nur zwei wirtschaftlich arbeiten. Die restlichen Zentren machen im Durchschnitt jährlich 278 000 DM Verlust. Das Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze wurde nur zu 20% erreicht, was gerade einmal 162 neuen Beschäftig-

ten entspricht, obwohl das Programm seit viereinhalb Jahren läuft. Zum Vergleich: Die Greencard hat für Bayern vom 1. August 2000 bis zum 16. November 2001, also in nur vierzehn Monaten, 2887 neue Arbeitsplätze gebracht. Hinzu kommen noch ungefähr zwei Mal so viel indirekte Arbeitsplätze.

An dieser Stelle hätte ich eigentlich einen Beifall der CSU zur Greencard von Bundeskanzler Schröder erwartet. Ich habe natürlich nicht ernsthaft mit einer solchen Zustimmung gerechnet, da Sie auch das Ziel der Teilnehmerqualifizierung, das mit dem Programm „top elf“ verfolgt wurde, nur zu 25% erreicht haben. Statt Teilnehmer aus der Landwirtschaft und der Wirtschaft des ländlichen Raumes für eine Qualifizierung im Umgang mit EDV und Telematik zu gewinnen, wurden überwiegend Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst zu den Qualifizierungskursen „gekarrt“. Wir plädieren für die Umbenennung des Programms „top elf“ in „Flop 38“. Von den insgesamt 40 geplanten Zentren arbeiten nämlich nur zwei wirtschaftlich. Deshalb wäre dies die richtige Bezeichnung für dieses Floppprojekt.

Beispiel fünf: Sie haben keine Konzeption für die Informationstechnologie innerhalb der Staatsverwaltung. Die Abhängigkeit der gesamten Staatsverwaltung von der Firma „Microsoft“ nimmt mittlerweile bedrohliche Ausmaße an. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Bill Gates, als er im Februar 1998 Bayern besuchte, mit dem Ministerpräsidenten vor die Presse trat und stolz verkündete, dass man eine Zusammenarbeit beim Computernetzwerk „Bayern Online“ und einen Wettbewerb „Offene Schule“ vereinbart habe. Bill Gates – der reichste Mann der Welt – hat sich nicht lumpen lassen und die Software für das Schulprojekt gesponsert.

Jetzt, vier Jahre später, beklagt nicht nur der Rechnungshof die starke Abhängigkeit des staatlichen IT-Bereichs von der Produktpolitik eines einzigen Herstellers. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Angelegenheit von höchster Brisanz, die nach meiner Ansicht bisher erheblich unterschätzt wird. Dramatisch ist die Situation deshalb, weil sie bald nicht mehr umkehrbar sein wird. Microsoft ist eine Welt- und Wirtschaftsmacht. Nahezu 90% aller Schreibtischcomputer weltweit und auch in unserer Staatsverwaltung laufen mit dem Betriebssystem Windows von Microsoft. Kein Staat der Welt, auch nicht der Freistaat Bayern, darf sich bei der Erfüllung seiner Verwaltungsaufgaben von einem solch mächtigen Unternehmen abhängig machen. Die gestellte Aufgabe heißt OSS, sprich Open Source Software. Die EU, der Bund und viele Bundesländer befürworten OSS-Konzepte und -Strategien. In Bayern mangelt es noch an einer umfassenden OSS-Strategie.

Die Sponsorenorientierung des Ministerpräsidenten und seine Konzeptionslosigkeit in der IT-Politik haben in die Abhängigkeit vom Weltmarktführer geführt. Allein bis zur Jahresmitte dieses Jahres werden deshalb wieder 18 Millionen € Lizenzgebühren fällig, die bei einer anderen Strategie zumindest teilweise zu vermeiden wären. Wer beim Einsatz dieser Schlüsseltechnologie so wenig Effizienz an den Tag legt und so abhängig ist, muss eine hohe Personalausgabenquote haben.

Lassen Sie mich auch noch den Zusammenhang von Personalausgabenquote und Altersteilzeit kurz beleuchten. Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Altersteilzeit werden Sie nämlich nicht so leicht von der hohen Personalausgabenquote herunterkommen. Allein für die drei Schuljahre im Zeitraum von 2002 bis 2005 errechnete der ORH einen Mehrbedarf von 6653 Vollzeitkräften. Das heißt, dass die geplanten 4100 Einstellungen der Kultusministerin eigentlich ein bildungspolitischer Offenbarungseid sind, und zwar deshalb, weil die Anwärterlösung, die in der Verwaltung häufig herangezogen wird, auf die Lehrersituation nicht übertragbar ist. Als Ersatz braucht man voll ausgebildete Lehrkräfte, die selbstverständlich entsprechend viel Geld kosten. Die Auswirkungen der Altersteilzeit sind also bisher weder in der Personalplanung zufriedenstellend berücksichtigt, geschweige denn in der Finanzplanung durch Rücklagen abgesichert, Herr Finanzminister.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Angemessene Rücklagen sind das nächste Stichwort. Der ORH weist darauf hin, dass die Rücklage im Wesentlichen aus nicht beanspruchten Kreditermächtigungen der Jahre 1996 bis 2000 besteht, die sich auf rund 5 Milliarden DM summiert haben. Um bei der IT-Sprache: Es handelt sich in diesem Fall um eine virtuelle Rücklage.

Ich fasse zusammen: Die Bayern AG ist bei weitem nicht so gut aufgestellt, wie ihr Vorstandsvorsitzender Stoiber glauben machen will. Die Landesbank hat mit Leo Kirch einen Zwei-Milliarden-Euro-Klotz am Bein. In allen Ressorts der Staatsverwaltung klemmen die Laptops. Mit der Software ist man vom reichsten Mann der Welt abhängig. Diese Staatsregierung hat damit den bayerischen Steuerzahlern erhebliche langfristige Hypotheken aufgebürdet. Hinzu kommen überdurchschnittliche Personalausgaben ohne Ende und virtuelle Rücklagen statt einer Absicherung der Altersteilzeit. All das müsste ausreichen, damit sogar einige Kolleginnen und Kollegen mit Weitblick aus den Reihen der CSU gegen die Entlastung der Staatsregierung stimmen. Wir Sozialdemokraten jedenfalls werden dies tun.

(Beifall bei der SPD – Ach (CSU): Das überrascht mich doch aber sehr!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kellner, bitte.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Obersten Rechnungshofs weist neben einigen Schmankerln wie dem Leck im Honigtopf bei der Landesanstalt für Bienezucht vor allem auf strukturelle Mängel hin, und das ist für uns im Haushaltsausschuss das besonders Wichtige. Bedauerlich ist allerdings, dass sich die Kollegen der CSU selbst bei größten Verstößen wie dem „flop elf“ nicht zu einer Missbilligung durchringen konnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz wichtig ist, die Einhaltung früherer Auflagen zu kontrollieren, wie wir bei der Nichtumsetzung des IT-Beschlusses bei den Fachhochschulen sehen konnten. In der Tat muss man die Berichte des Rechnungshofs und die Feststellungen dazu über Jahre hinweg begleiten. Nur so kann man feststellen, ob eine Änderung zum Guten erfolgt.

Die Kontrolle der Staatsregierung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Parlaments. Das ist auch Aufgabe der Mehrheitsfraktion in diesem Hause, wenngleich sie das häufig vergisst und uns diese Aufgabe allein überlässt. Ich nehme sie gerne an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayern, ganz im Hightech-Rausch, setzt jetzt schon auf virtuelle Rücklagen, sprich auf Kreditermächtigungen anstatt auf reales Geld. Ganz abgesehen davon, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dass Sie damit den Kolleginnen und Kollegen der SPD die Deckungsvorschläge für die Haushaltsanträge entziehen, verschleierte dieses Vorgehen den tatsächlichen Vermögensstand. Grob gesagt: Es gibt mehr Schein als Sein. Wir GRÜNE dagegen sind da konservativ. Uns ist das real vorhandene Geld lieber als die Genehmigung zum Schuldenmachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich konnte wenigstens erreichen, dass wir nun im Frühjahr eines jeden Jahres Auskunft über die tatsächlichen Rücklagen erhalten werden.

(Ach (CSU): Das ist doch positiv!)

– Herr Kollege Ach, ich freue mich ja auch darüber, dass mir zugestimmt wurde. – Generell muss man sagen – man möchte es kaum glauben –, dass in Bayern die staatlichen Behörden große Schwierigkeiten haben, mit Hightech umzugehen, so bei der Einführung eines einheitlichen IT-Verfahrens an den Fachhochschulen. Nachdem nach zehn Jahren – bitte lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen – immer noch kein Vollzug gemeldet war, sah sich sogar die CSU – genauer gesagt: Kollege Kupka – am 21. März 2000 zu einer Missbilligung genötigt mit der Auflage, sofort für eine Vereinheitlichung zu sorgen. Was sehen wir? Die Autorität der CSU, Herr Kollege Kupka, ist gleich null. Nachdem zwölf Jahre vergangen sind, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass für das Wissenschaftsministerium „sofort“ auf alle Fälle „länger als zwei Jahre“ bedeutet,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das bei einer Institution, die eigentlich die Speerspitze des technischen Fortschrittes im Freistaat Bayern repräsentieren sollte.

Ähnlich ist es mit dem Einsatz von Open Source Produkten. Auch hier verschiebt man das Handeln auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, obwohl es um sehr, sehr viel Geld geht.

Weil plötzlich die Stoibersche Hightech-Sonne auch über dem ländlichen Bayern erstrahlen sollte, muss das Landwirtschaftsministerium, eine eher beschauliche Institution, von heute auf morgen Hightech-Projekte aus dem Boden stampfen. Was so hochtrabend als „top elf“ begann, ist letztlich als Flop 11 kläglich verendet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Grund: Das Landwirtschaftsministerium musste sich plötzlich auf dem neuen Arbeitsfeld der IuK-Techniken tummeln. Daraus folgte: eine Expertenspielwiese, viel Prosa, keine Fakten. Von den geplanten 40 Telezentren gab es dann gerade mal 19. Ob sie tragfähig sind, ist zweifelhaft. Statt der 600 kamen nur 162 Arbeitsplätze zustande. Es ging drunter und drüber. Die Agenturen haben sich gefreut, weil sie gut verdient haben.

Am Schluss hatten wir für 900 000 DM ausgebildete Landwirtschaftsbeamte, die drei Monate vor Abschluss des Projektes mit ihrer Arbeit fertig waren und heute wieder brav als Sachbearbeiter im Ministerium sitzen. Gekostet hat das Ganze 37,3 Millionen. Ich frage mich: Wenn das keine Missbilligung wert ist, was dann?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, ich hoffe, Sie beherzigen das bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts und führen angemessene Kürzungen durch.

Ich komme zu einem weiteren Hobby der Staatsregierung, das der ORH anspricht. Sie wissen: Spatenstechen, Bauen, Einweihen – das sind die Lieblingsbetätigungsfelder der Staatsregierung. Immer flott bei der Darstellung nach außen, während im Innern der Baubestand zusammenbricht. Man denke nur an die notwendigen Asbestsanierungen, an die TU in der Arcisstraße – eine regelrechte Bruchbude – und an die maroden Innenstadtkliniken. Viele Gebäude sind in einem katastrophalen Zustand. Statt das ganze Land mit Kompetenzzentren zu überziehen, sollten Sie lieber die vorhandenen Gebäude in einen ordentlichen Zustand bringen.

(Zurufe des Abgeordneten Reisinger (CSU) und des Abgeordneten Meyer (CSU))

– Herr Kollege Meyer, deshalb unterstützen wir den Obersten Rechnungshof bei seiner Forderung, der Bestandserhaltung der Gebäude Vorrang einzuräumen. Herr Reisinger, wenn Sie demnächst Landrat sind, werden Sie

(Reisinger (CSU): Einweihen!)

– ja, einweihen. Immer mehr scheinen als sein. Mir kommt es darauf an, dass die Basis stimmt. Keine potemkinschen Dörfer – auch nicht in Straubing.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sonst wird man schnell abgewählt!)

– Frau Kollegin Stahl hat Recht. Herr Reisinger, die Leute fallen darauf nicht herein.

(Reisinger (CSU): Doch, sie honorieren unsere Arbeit!)

Die Leute sehen genau, was außen hui und innen pfui ist.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Reisinger hat „doch“ gesagt! – Frau Stamm (CSU): Er hat 68%!)

– Frau Kollegin Stamm, wir waren auch in Würzburg. Es wird Sie freuen zu hören, dass der Haushaltsausschuss beschlossen hat, dass die in erbärmlichem Zustand befindlichen Universitätskliniken saniert werden. Das war überfällig.

(Ach (CSU): Da sind wir schon dabei!)

– Das freut mich, Herr Kollege Ach.

Ich fahre fort mit dem Desaster auf dem Bausektor. Dazu gehört das Landesamt für Umweltschutz in Augsburg. Es hat Ihnen nicht gereicht, dass Sie für die wahlkampftechnisch motivierte Verlagerung von Ebersberg nach Augsburg vier Millionen DM Planungskosten zum Fenster hinausgeworfen haben. Nein, Sie haben auch noch einen Architekten beauftragt, der offensichtlich nichts von Niedrigenergiebauweise verstand und an der Nordwand eine Glasfassade installiert hat, woraufhin er sich gewundert hat, dass die Raumtemperatur im Winter trotz kräftigster Heizung nicht über 17 Grad lag. Es ist doch mittlerweile Allgemeingut, dass die Glasfassade nicht an die Nordseite gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt ist die ewig wiederkehrende Misere der staatlichen Beteiligungsunternehmen. Dabei existiert eine Staatsaufsicht. Das hört sich hochtrabend an, und der Laie denkt sich, was da alles passiert. Wir wissen das mittlerweile aus dem LWS-Untersuchungsausschuss: Es werden Akten abgelegt und Blätter abgeheftet. Und – das betrifft das Geld – der Geschäftsführer einer kleinen Eisenbahngesellschaft, nämlich der Regentalbahn, erhält zwei Millionen DM pro Jahr. Das ist mehr, als der Vorstand der DB AG oder die Vorstände der Landesbank bekommen. Dies zum Gehaltsgefüge.

(Zuruf von Staatsminister Prof. Dr. Faltthäuser)

– Herr Staatsminister, nur nicht neidisch werden. Vielleicht bewerben Sie sich für die nächste Eisenbahngesellschaft.

(Ach (CSU): Nur wenn Sie Mitgeschäftsführerin werden!)

Es kann ja sein, dass Sie einmal in Nöte kommen. Sie sehen, Minister zu sein, ist nicht alles. Es gibt auch noch andere lukrative Jobs im Freistaat Bayern.

Nach dieser kleinen Berufsberatung komme ich zum nächsten Sündenfall. Es ist interessant, wie sich die Staatsregierung an die vom Bayerischen Landtag beschlossenen Gesetze hält.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das sieht man an der Förderung von Müllverbrennungsanlagen.

(Eckstein (CSU): In Köln!)

– Da bin ich unbelastet. Ich bin nicht in Nordrhein-Westfalen im Parlament.

Herr Kollege Eckstein, Ihnen wird das Lachen gleich vergehen, denn schließlich wurde hier beschlossen, dass es für Müllverbrennungsanlagen keine Subventionen mehr gibt. Hunderttausende von Leuten haben sich hier im Freistaat Bayern dafür eingesetzt. Aber was passiert? – Trotz Subventionsverbots werden für drei Müllverbrennungsanlagen, nämlich Weißenhorn, Burgkirchen und Augsburg – das war zwar nicht direkt genannt, aber ich wusste sofort, um was es geht –, die Fördersätze erhöht. Die Kosten liegen bei 80 Millionen DM. Das ist ein nettes Sümmchen; damit könnte man allerhand machen.

Zum nächsten Punkt. Die Staatsregierung schließt Verträge und hält nicht einmal ihre eigenen Verträge ein. Bei der Kooperation von Großhadern und dem Augustinum wird jährlich auf 500 000 € verzichtet, obwohl die Kliniken das Geld wirklich nötig bräuchten. Man denke nur an den Pflegenotstand.

Zum Schluss muss ich das Rote Kreuz ansprechen. Dabei geht es nicht etwa um die Aufarbeitung alter Skandale, sondern um die Prüfung von 1999. Es geht – das ist besonders tragisch – um die nicht ordnungsgemäße Verwendung von Sozialhilfemitteln der Bezirke, um den unwirtschaftlichen Rettungsdienst, um die Verquickung von Vergaben und Spenden, um die immer noch unzureichenden internen Kontrollen und um die Abrechnung nicht entstandener Kosten.

Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen, ein Koloss wie das Rote Kreuz kann nicht von ehrenamtlichen Aufsichtsgremien kontrolliert werden. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Viele Aufsichtsräte – Landräte, Bürgermeister etc. – sind ohnehin mit anderen Aufgaben überlastet. Außerdem kontrollieren sie sich quasi selbst. Wir wissen, dass die Heimaufsicht mittlerweile bei den Landratsämtern liegt. Kolleginnen und Kollegen, es müssen entscheidende Änderungen in der Struktur erfolgen. Die Schaffung von mehr Transparenz und die Aufgabentrennung sind überfällig und bitter nötig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich könnte noch einige Zeit fortfahren, was ich nicht tue, denn ich wollte nur exemplarisch einige Fälle herausgreifen, um aufzuzeigen, wo Handlungsbedarf besteht. Es ist klar, dass wir von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zum einen wegen des teuren Sündenregisters der Staatsregierung, zum anderen wegen der strukturellen Mängel einer Entlastung der Staatsregierung nicht zustimmen. Dem Obersten Rechnungshof erteilen wir gern die Entlastung und bedanken uns sehr herzlich für die geleistete Arbeit.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Kupka.

Kupka (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie Herr Kollege Hartmann schon erwähnt hat, hatte der Haushaltsausschuss in seiner Sitzung am 7. Februar dieses Jahres nach intensiven dreitägigen Beratungen aufgrund der Haushaltsrechnung und des Jahresberichts 2001 des Obersten Rechnungshofes mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Staatsregierung gemäß Artikel 80 der Bayerischen Verfassung und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Jahr 1999 Entlastung erteilt. Allen Beteiligten in den Ministerien und insbesondere Ihnen, Herr Präsident, der Sie in der Ehrenloge Platz genommen haben, und Ihren Mitarbeitern darf ich von dieser Stelle aus namens der CSU-Fraktion für die umfassende, sachbezogene und sehr fachkundige Aufklärungs- und Prüfungsarbeit herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

Ohne diese kritische Vollzugsüberprüfung könnte der Bayerische Landtag seine Aufgabe als Kontrollorgan über die Exekutive nur unvollständig erfüllen. Dass der Haushaltsausschuss wieder einmal unter Beweis gestellt hat, dass er nicht nur bereit ist, die aufgezeigten Probleme gründlich zu beraten, sondern dass er auch bereit ist, Anregungen aufzugreifen und zielstrebig nach Verbesserungen und Lösungen zu suchen, zeigt sich darin, dass er in 21 Fällen die Staatsregierung ersucht hat, bestimmte Maßnahmen einzuleiten, und dass er in fünf Fällen so genannte Feststellungen getroffen hat. Dennoch hat der Oberste Rechnungshof der Staatsregierung insgesamt wieder eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung bescheinigt, sodass Missbilligungen in keinem Fall auszusprechen waren. Ich stelle deshalb namens der CSU-Fraktion den Antrag, dem Votum des Haushaltsausschusses auf Entlastung der Staatsregierung zu folgen. Dieses Votum dürfte die Damen und Herren der Opposition ebenso wenig überraschen wie uns deren ablehnendes Votum im Haushaltsausschuss.

Nachdem auch der Tagesordnungspunkt 5 – Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 1999 für den Einzelplan 11 – zur gemeinsamen Beratung mit dem Tagesordnungspunkt 4 aufgerufen wurde, darf ich hierzu ebenso den Antrag auf Entlastung des Obersten Rechnungshofes stellen und diesen noch einmal mit dem Dank für die engagierte und fachkundige Arbeit verbinden.

Einige Anmerkungen zu dem, was Herr Kollege Hartmann und Frau Kollegin Kellner ausgeführt haben. Herr Kollege Hartmann, Sie haben festgestellt, der Bericht des Obersten Rechnungshofes sei eine Schwachstellenanalyse. Das ist er sicherlich auch. Ebenso und primär

ist er aber der Nachweis für eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung der Staatsregierung. Sie konnten nicht den schlüssigen Beweis dafür erbringen, wie Sie zu einer Missbilligung der Staatsregierung kommen. Die Argumente, die Sie vorgetragen haben, stützen den Antrag auf Missbilligung nicht.

Sie haben sich zu den Personalausgaben geäußert. Darüber, dass die Personalkostenquote abzubauen ist, brauchen wir gar nicht zu reden. Die Personalkostenquote stellt in unserem Haushalt das Kernproblem dar, denn bei weniger Personalkosten könnten wir natürlich die Investitionsausgaben erhöhen. Ich möchte Ihnen nur ins Gedächtnis rufen, dass wir für die Zeit von 1993 bis 2008 einen Abbau von 12600 Stellen beschlossen haben. Wir sollten aber nicht vergessen, dass wir alle miteinander, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei entsprechenden Forderungen immer wieder Stellenmehrungen beschließen mussten. Ich erwähne nur 2500 Zwei-Drittel-Stellen für Lehrer, 2030 weitere Lehrerstellen bis zum Jahr 2004, 547 Stellen für den Verbraucherschutz, 294 Stellen für die Justiz, 178 Stellen für die Wissenschaft und 80 Stellen für Polizeianwärter. Sagen Sie mir bitte, wo wir diese Stellen hätten wegnehmen sollen. Ich glaube, keine Hand in diesem Haus hätte sich dafür gerührt. Im Gegenteil, gerade aus Ihrer Fraktion kamen Forderungen nach weitaus höheren Personalmehrungen. Ich bräuchte nur die Forderungen zum kommenden Haushalt aufzulisten: Sie gehen in die Hunderte von Millionen.

(Hartmann (SPD): Effizienz!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass trotz dieser hohen Personalkostenquote unsere Investitionsquote sehr hoch ist. Sie liegt bei etwa 15%.

Sie erwähnten Microsoft. Windows, Word und Office sind mittlerweile weltweit angewandte Standardprogramme. Zwar besteht die Gefahr, dass wir durch die Anwendung dieser Programme in eine Abhängigkeit geraten, die wir alle nicht wollen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass dieses Problem erkannt ist und angegangen wurde. Die Vermessungsverwaltung hat bereits auf Linux umgestellt, und auch die Schulverwaltung stellt auf Linux um. Es gibt auch einen interministeriell arbeitenden Koordinierungsausschuss für Datenverarbeitung, und ich hoffe, dass wir demnächst Ergebnisse seiner Untersuchungen erfahren werden.

Zu den Rücklagen und zur Kreditermächtigung. Mein Fazit lautet: Für den Staat ist es so lange unwirtschaftlich, aus realem Geld Rücklagen zu bilden, so lange er Schulden hat. Hier gibt es bestimmte Entwicklungen, die im Laufen sind. Der Haushalt des Freistaates hat einen Soll-Abschluss, während der Bundeshaushalt einen Ist-Abschluss hat. Zwischen beiden Abschlüssen besteht ein ganz gravierender Unterschied. In unserem Haushalt gibt es Reste auf der Einnahmen- und der Ausgaben-seite. Beim Bund gibt es diese Reste nicht. Das hat auch zur Folge, dass wir mit ganz anderen Instrumenten arbeiten können. Wir können das Instrument der Budgetierung besser einsetzen, und wir können jahresübergreifende Maßnahmen besser vollziehen. Wenn Sie schon diese Problematik ansprechen, müssen wir auch

die Vorteile und den Nutzen sehen, die wir aus dieser Situation ziehen.

Das Projekt „top elf“ ist angesprochen worden. Frau Kollegin Kellner, Sie haben es in der Sitzung des Haushaltsausschusses als „flop 11“ bezeichnet. Mit dem operationellen Programm zur Förderung der Telematik sollte eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts auch im ländlichen Raum verankert werden. Bei aller berechtigten Kritik an manchen Anlaufschwierigkeiten muss festgestellt werden, dass es sich bei diesen Maßnahmen um Existenzgründungen gehandelt hat. Hier läuft nicht nur ein staatliches Programm ab, sondern es handelt sich um privatwirtschaftliche Existenzgründungen, und dafür werden Geld und Unternehmerpersönlichkeiten benötigt, sonst läuft gar nichts. Telezentren können nicht einfach vom Staat angeordnet werden; es kann nur ein Angebot gemacht werden. Wir haben beschlossen, Telezentren den Landkreisen anzubieten, welche in 5 b-Gebieten liegen. Es sind 40 Landkreise. Von diesen haben 36 Landkreise das Angebot angenommen. Davon wurden 12 Zentren als nicht zukunftsfähig angesehen, und 24 wurden gegründet. 21 davon bestehen heute noch. Das ist eine sehr hohe Zahl.

(Widerspruch der Frau Abgeordneten Lochner-Fischer (SPD))

– Doch, das ist eine sehr hohe Zahl. Bei Existenzgründungen bleiben 50% der Gründer auf der Strecke. Wir haben dieses Projekt also doch noch ganz gut über die Runden gebracht. Natürlich hat es unter dem Zeitdruck, unter dem es stand, gelitten. Es hat auch darunter gelitten, dass sich das Internet rasant verbreitet hat. Wir haben in unserer Beschlussfassung auf diese Mängel hingewiesen, was der Oberste Rechnungshof auch positiv zur Kenntnis genommen hat. Damit fehlte letztendlich der notwendige Spielraum für Missbilligungen.

Frau Kollegin Kellner, sollten Sie sich wirklich mit dem Gedanken tragen, dieses Haus zu verlassen, kann ich nur sagen, dass Sie uns fehlen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte Sie für die Stimme der Opposition in Finanzfragen.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch ihr Job!)

Sie sind zu bewundern in Ihrem Detailwissen und Ihrem Fleiß, aber manchmal schlagen Sie die falschen Wege ein. Das liegt natürlich an unseren unterschiedlichen politischen Anschauungen. Fleiß und Talent, für die falschen Ziele eingesetzt, sind oft schädlicher als Faulheit und nicht vorhandenes Wissen. Dessen ungeachtet haben wir die Punkte, die Sie angesprochen haben, im Haushaltsausschuss ganz offen diskutiert. Wir sind hier nicht politisch oder ideologisch aufeinander losgegangen, sondern wir haben Sachfragen erörtert; denn wir alle wollen Verbesserungen erreichen.

Zum Augustinum soll bis zum Oktober berichtet werden. Wir wollen aus diesem Vertrag herauskommen. Wir wol-

len nicht, dass der Freistaat Bayern mit Universitätsmitteln Ambitionen einer Privatklinik bezahlt. Die Auflösung dieses Vertrages wird in die Wege geleitet.

Sie haben von der ehrenamtlichen Tätigkeit beim Bayerischen Roten Kreuz gesprochen. Hier muss man wirklich ein Dankeschön denjenigen sagen, die im BRK auf Orts-, Kreis- und Landesebene tätig sind. Ich weiß nicht, wer heute noch mit fliegenden Fahnen bereit wäre, solche Ämter zu übernehmen. Die Ausübung solcher Ämter stellt immer eine große Leistung dar. Gleichgültig, wer diese Leistungen erbringt, von welcher Fraktion er kommt oder welcher Partei er angehört: Ihm gebühren Respekt und Anerkennung für das, was hier gemacht worden ist und was man versucht, wieder geradzubiegen.

Dass das nicht immer mit Ehrenamtlichen gehen wird, ist eine andere Frage. Ob es mit Hauptamtlichen besser wird, sind Strukturfragen, die meines Erachtens jetzt ganz zügig angegangen worden sind. Ich darf denjenigen, die in der Verantwortung stehen, auf diesem Weg alles Gute wünschen. – Soviel zu meinem Bericht, Herr Präsident. Meine Anträge habe ich bereits gestellt.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen.

Der Abstimmung zugrunde liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/8894. Ich gehe davon aus, dass über die einzelnen Nummern getrennt abgestimmt werden soll. Nach der Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll aufgrund der Haushaltsrechnung und des Jahresberichts 2001 des Obersten Rechnungshofs der Staatsregierung gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 1999 Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Herr Kollege Köhler von der Fraktion der SPD. Dann ist das so beschlossen.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absatz 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben a bis u eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und zu den Buchstaben b, d, f, h, j, l, o, p, t sowie u zu berichten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 14/8894. Da das Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Buchstaben im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen unterschiedlich gewesen ist, lasse ich zunächst über die einstimmig beschlossenen Teile der Nummer 2 abstimmen. Es handelt sich hier um die Buchstaben b bis g und i bis u. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe

Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die noch offenen Buchstaben a und h der Nummer 2 der Beschlussempfehlung einzeln abstimmen. Wer dem Buchstaben a zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

Wer dem Buchstaben h zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das ebenfalls so beschlossen. Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ist in allen Punkten zugestimmt worden.

In der Nummer 3 der Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen dem Landtag, gemäß Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung verschiedene Feststellungen zu treffen. Zum Buchstaben d soll darüber hinaus auch berichtet werden. Da das Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Buchstaben im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen unterschiedlich gewesen ist, lasse ich zunächst über die einstimmig beschlossenen Buchstaben d und e gemeinsam abstimmen. Wer der Nummer 3 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist auch das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist auch dieses so beschlossen.

Nun kommen wir zur getrennten Abstimmung über die noch offenen Buchstaben a bis c der Nummer 3 der Beschlussempfehlung. Wer dem Buchstaben a zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist auch dies so beschlossen.

Wer dem Buchstaben b zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist auch dies so beschlossen.

Wer dem Buchstaben c zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

Auch der Nummer 3 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ist somit in allen Punkten zugestimmt worden. Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 1999 gemäß Artikel 80

der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 5 abstimmen. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 14/8672 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für das Haushaltsjahr 1999 die Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist auch das so beschlossen. Dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ist gemäß Artikel 101 in Verbindung mit Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung damit ebenfalls die Entlastung erteilt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 9

Antrag der Abgeordneten Maget, Wörner und anderer und Fraktion (SPD)

Stärkung des Verbraucherschutzes (Drucksache 14/6886)

Ich eröffne die Aussprache. Jede Fraktion hat 15 Minuten Redezeit. Herr Wörner, bitte.

Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass der zuständige Minister offensichtlich nur virtuell vorhanden ist. Ich bitte darum, ihn herbeizuholen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Roswitha Riess: Es ist die Herbeiholung des Ministers beantragt.

(Unruhe)

Ich höre soeben, dass der Minister sofort kommt.

(Zurufe von der CSU)

Herr Wörner, können wir beginnen, oder sollen wir ein paar Minuten warten?

Wörner (SPD): Ich habe den Antrag gestellt, den Herrn Minister herbeizuzitieren.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Gibt es eine Gegenrede zu diesem Antrag? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen.

(Unruhe – Herrmann (CSU): Entweder hat Herr Wörner das Wort oder nicht!)

Herrmann (CSU): Ich habe nicht festgestellt, dass sich Herr Kollege Wörner zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hätte, sondern er hatte eigentlich das Wort zur Sache. Herr Wörner, ich halte das für ziemlich lächerlich.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind jetzt sehr schnell mit einem Tagesordnungspunkt zu Ende gekommen.

Der Herr Staatsminister ist im Hause.

(Frau Biedefeld (SPD): Er weiß, dass der Verbraucherschutz auf der Tagesordnung steht!)

– Ja, und? – Es gibt überhaupt kein Problem. Er wird gleich im Saal erscheinen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hahnzog (SPD))

– Für einen solchen Unfug, Herr Kollege, habe ich kein Verständnis. Der Minister wird sofort erscheinen. Ich sehe keinen Grund, einem solch unsinnigen Antrag zuzustimmen. Wir werden diesem Antrag, auch wenn der Minister jetzt gleich erscheint, nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Meine Damen und Herren! Der Antrag ist formell gestellt worden. Ich lasse nun darüber abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU. Der Antrag ist somit abgelehnt. Ich bitte nun, in die Tagesordnung einzutreten. Herr Wörner, bitte schön.

Wörner (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich interessieren den Verbraucherschutzminister in Bayern die Verbraucher überhaupt nicht und die ausführenden Organe noch viel weniger.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Wenn es ihn interessieren würde, wäre er hier.

(Herrmann (CSU): Da kommt er doch! – Ach (CSU): Wieder einmal ein Sturm im Wasserglas!)

– Ist ja wunderbar.

Herr Minister, ich stelle zunächst fest, es ist schön, dass Sie doch noch an Ihrem Arbeitsplatz erscheinen. Außerdem stelle ich fest, dass eine Forderung unseres Antrages, nämlich die Verbraucherschützer mit Laptops auszurüsten, mehr als gerechtfertigt ist. Sie haben Ihren auch vor sich auf dem Tisch stehen, warum also nicht die Verbraucherschützer, die vor Ort für die Menschen prüfen und testen sollen? Warum werden die Verbraucherschützer schlechter ausgerüstet als die Minister, die das eigentlich nicht bräuchten, weil sie ihre Mitarbeiter haben?

(Lachen bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

der Antrag der SPD-Fraktion kam zustande – –

(Zahlreiche Zurufe von der CSU)

– Sie können so weitermachen. Es amüsiert mich, dass Sie – –

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege Wörner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Haedke?

Wörner (SPD): Nein, ich gestatte nicht.

Wir haben den Antrag gestellt, weil wir nicht nur durch Presseberichte, sondern durch eigenes Erleben der Sache auf den Grund gehen konnten. Ich habe einen Tag lang Verbraucherschützer begleitet. Die Feststellungen waren sehr schlimm. Ich kann dazu nur bemerken: Verbraucherschutz darf nicht an der Stalltüre enden, sondern er muss im Laden auf der Theke und in der Gaststätte auf den Tellern enden. Wer diese Kette unterbricht, handelt fahrlässig am Verbraucher.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer gesehen hat, wie in manchen Gaststätten mit hochwertigen Lebensmitteln umgegangen wird, die wir beim Erzeuger zu schützen suchen, kann nur den Ausdruck „Pfui Teufel“ dafür finden. Wenn man sieht, wie der Pilz in den Kühlungen wächst, wenn man sieht, wie das Fett aus den Fritteusen tropft, und wenn man sieht, wie dreckig die Bierhähne sind, kann man nur sagen, dass wir zu wenig prüfen.

Eine Forderung des Antrags ist, dass mehr Lebensmittelüberwacher eingestellt werden, weil alleine im Raum München 3020 Betriebe zu überwachen sind

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

und nur 2000 Prüfungen stattfinden können. Von diesen 2000 Prüfungen sind wiederum eine ganze Reihe Wiederholungsprüfungen. Es existieren also eine Unzahl nicht geprüfter Betriebe. Ich füge ausdrücklich hinzu, dass ein Großteil der lebensmittelverarbeitenden Betriebe sauber ist. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass von 1695 Gaststättenbetrieben, die zu kontrollieren sind, nur 953 geprüft und 1022 Mehrfachverstöße entdeckt worden sind. Mit der mangelnden Ausstattung und dem wenigen Personal kann nicht mehr getan werden.

Hinzu kommt, und das ist das Ärgerliche: Die Lebensmittelüberwacher sind eigentlich der verlängerte Arm der Staatsanwaltschaft. Manche Landräte – warum auch immer – hängen den Verbraucherschützern einen Maulkorb um. Der Verbraucherschützer muss den Vorgang, ehe er Anzeige erstattet, dem Landrat vorlegen.

(Sinner (CSU): Wie heißt der Landrat?)

Dieser Landrat

(Willi Müller (CSU): Welcher Landrat?)

entscheidet, ob angezeigt wird. Was soll das? Will er verhindern, dass gewisse Dinge an den Tag kommen? Um was geht es ?

(Willi Müller (CSU): Sagen Sie doch den Namen! Das sind lauter Verdächtigungen ohne Anhaltspunkte!)

– Ich verstehe, dass Sie den Namen gerne wissen möchten, um diejenigen in die Pfanne zu hauen, die so etwas erzählen. In Nürnberg zum Beispiel haben Sie die Steuerbeamten in die Pfanne gehauen, anstatt diejenigen, bei denen es notwendig wäre. So nicht, mein lieber Kollege.

Ich stelle fest: Wir bräuchten – ähnlich wie in Dänemark, die sind weiter – ein Gütesiegel. Die Unternehmen in Dänemark werden jährlich zweimal geprüft. Wer bei der Prüfung – ähnlich wie beim TÜV – durchkommt, bekommt ein Gütesiegel. Wer es nicht schafft, bekommt es nicht. Der Kunde weiß also genau, auf was er sich einlässt, wenn er das Lokal oder den Laden betritt. Solche Dinge sollten wir übernehmen. Herr Minister Sinner, wir sollten ernsthaft über den Verbraucherschutz reden und echte Gütesiegel einführen. Wir sollten nicht nur Plaketten einführen, sondern geprüfte Gütesiegel. Nur so erreichen wir, dass der Verbraucher die Ware erhält, die er erwarten kann.

Wir wollen die bayerische Wirtshauskultur pflegen. Darin sind wir einig. Dazu bedarf es vermehrter Überprüfungen und eines Gütesiegels. Im Übrigen werden Ihnen das die Wirte danken, weil das ein Markenzeichen ist. Wir sollten uns mit dieser Anregung auseinandersetzen und sie nicht einfach abtun.

Kolleginnen und Kollegen, es fehlt an der EDV-Ausstattung. Nach wie vor sind die Überwacher nicht vernetzt. Ich will mit einem konkreten Beispiel zeigen, was das heißt: Es wird festgestellt, dass eine Lieferung Ananas mit einem Pflanzenschutzmittel hochkontaminiert ist und eigentlich nicht in den Handel dürfte. Aufgrund der fehlenden Vernetzung dauert es immerhin fünf bis sechs Tage, bis der Überwacher das weiß. Es stellt sich heraus, dass die Lager nicht alle gemeldet sind. Wenn endlich entdeckt worden ist, wo die Chargen gelagert worden sind, sind die Ananas längst verkauft und beim Verbraucher. So etwas können wir uns nicht leisten. Deshalb ist es wichtig, die personelle Ausstattung zu ertüchtigen. Dieser Versuch ist gemacht worden. Wegen der schäbigen Bezahlung für die ausgebildeten Meister werden wir nicht die Fachkräfte bekommen, die wir bräuchten. Die EDV-Ausstattung hinkt nach wie vor massiv hinterher.

Die Lebensmittelüberwacher sollen nicht nur ständig überprüfen, sondern auch beraten. Ich habe erlebt, dass sie das ganz toll machen. Sie schreiben nicht sofort einen Strafzettel, sondern sie beraten den Wirt, wenn es sich um einen Erst- oder Zweittäter handelt. Ich habe festgestellt, dass die Lebensmittelüberwacher sehr viel Geduld haben – für meinen Geschmack manchmal sogar zu viel. Bei der Beratung bekommt der Wirt oder der Lebensmittelhändler genau gesagt, was zu tun ist. Meistens muss die Kühlung höher gestellt werden; denn dort wird gespart.

Nun stelle ich, Herr Minister Sinner, zu meiner Überraschung fest, dass Ihr Haus offensichtlich einen Sonderweg plant. Für die Lebensmittelüberwacher ist zwar kein Geld vorhanden, aber es sind 500 000 Euro vorhanden – wenn diese Information stimmt –, um ein privates Unternehmen mit der Beratung der Wirte und Lebensmittelhändler zu beauftragen. Ein bisschen Blauäugigkeit ist schon recht. Glauben Sie denn ernsthaft, dass ein Wirt einem privaten Prüfer die Hygieneprobleme offen legen wird?

Herr Minister, ich empfehle Ihnen: Nehmen Sie dieses Geld und stellen Sie mehr Lebensmittelüberwacher ein. Bezahlen Sie die so, dass denen ihre Arbeit wieder Spaß macht. Dann haben wir eine sichere Überwachungskette vom Stall bis zum Teller der Verbraucher.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Wortmeldung: Herr Kobler.

Kobler (CSU): Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Meinung, dass es aufgrund der Bedeutungslosigkeit und Leere dieses SPD-Antrages in keiner Weise des Herbeizitierens unseres Staatsministers Sinner bedurft hätte.

(Beifall bei der CSU)

Die Niveaulosigkeit Ihrer Darstellung des Verbraucherschutzes ist kaum mehr zu überbieten. Ich möchte klar und deutlich für meine Fraktion feststellen: Sie haben mit Ihrer Aussage, dass man in den Kühlanlagen mehr oder minder nur Pilzkulturen wachsen sieht, unsere bayerische qualifizierte Gastronomie und das Nahrungsmittelgewerbe in einer ganz ungeheuerlichen, pauschalen Form verunglimpft, die ich im Namen der CSU-Fraktion zurückweise.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Bist du dazu autorisiert?)

Die Wichtigkeit und die hohe Priorität des vorsorgenden Verbraucherschutzes sind vonseiten der Gesellschaft und unserer Fraktion, der Politik und der Wirtschaft unumstritten. Die Bayerische Staatsregierung hat im letzten Jahr mit der Errichtung des Verbraucherschutzministeriums schnell gehandelt.

Herr Kollege Wörner, dieser Antrag wurde Mitte des letzten Jahres gestellt und in vier Ausschüssen ausführlichst behandelt. Dieser Antrag bringt nichts Neues.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Sogar Ihre Kollegin Lück hat bestätigt – wenn ich das aus dem Sitzungsprotokoll zitieren darf –, dass diese Punkte bereits weitgehend erledigt sind. Sie tun mit Ihren Aussagen und mit Ihrem Antrag nichts Gutes für den Verbraucherschutz. Sie wollten hier einfach noch einmal einen Schlagabtausch, wobei mit der in Nummer 1 Ihres Antrages dargestellten Zentralisierung des

Verbraucherschutz in keiner Weise etwas zu gewinnen ist.

Ich weiß nicht, wovon Sie in Ihrer Zentralisierungswut geritten werden: Sie wollen den Verbraucherschutz beim Verbraucherschutzministerium belassen und nicht, wie es in der Umstrukturierung im Gange ist, in Kompetenzzentren bei den Landratsämtern die Veterinäre und Gesundheitsämter zusammenfassen. Das ist wesentlich effizienter. Sie müssen doch wissen, dass wirklich sehr positive Kommentare über das gute Zusammenwirken abgegeben werden. Hier ist bereits seit 1996 die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Landratsämter im Gange, und jetzt werden diese Kompetenzzentren für Verbraucherschutz und Ernährungsberatung geschaffen.

Die Umwidmung der Lebensmittelüberwacher in Verbraucherschützer, die Sie im zweiten Teil der Nummer 1 Ihres ersten Antrages fordern, ist der falsche Weg. Damit erreichen Sie überhaupt nichts. Ein Lebensmittelfachmann hat einen engeren Bereich abzudecken als der Verbraucherschützer. Der Verbraucherschutz dehnt sich auf alle Lebensbereiche aus. Neben dem Thema Ernährung bezieht sich vorsorgender Verbraucherschutz auf alle Produkte, auch auf angebotene Dienstleistungen, beispielsweise im Versicherungs- oder Immobilienbereich oder von Reisen. Dort ist überall der Verbraucherschutz gefragt. Daran müssten Sie erkennen, dass Ihre Wortkosmetik nicht auf den richtigen Weg führt.

Wir sind der Überzeugung, dass die Berufsbezeichnung weiterhin den Begriff Lebensmittel enthalten muss. Das Aufgabenfeld des Verbraucherschutzes ist aufgrund dieser breiten Palette fast unüberschaubar. Ich weiß nicht, was Sie reitet, die Lebensmittelüberwachung mit dem Verbraucherschutz gleichzusetzen. Sie sind heute die Antwort auf diese Frage schuldig geblieben.

Zur Nummer 2 Ihres Antrages ist anzumerken, dass zwar vom Grundsatz her eine Fortentwicklung und eine optimale Ausstattung der Bediensteten mit entsprechenden Medien zu befürworten ist. Hier ist aber festzustellen, dass die Ausstattung in den letzten Monaten ohnehin beträchtlich verbessert worden ist. Forderungen, dass nun jeder Beamte mit einem Laptop ausgestattet werden soll – und ich füge jetzt hinzu –, möglichst noch mit einheitlichen Typen, können überhaupt keine Zukunft haben. Morgen gibt es dann vielleicht ein anderes Medium. Dann beschäftigen wir uns hier im Hohen Hause mit einem neuen Medium. Das kann so nicht sein. Dafür ist die Verwaltung zuständig.

(Dr. Hahnzog (SPD): Reden Sie nicht so lange!)

– Sie haben das provoziert. Kollege Wörner hat an dem Antrag eigentlich vorbeigeredet. Er hat versucht, sich zu etwas ganz anderem zu äußern.

Zum Gütesiegel: Für die Aus- und Fortbildung wurde sehr viel getan. Somit erübrigt sich dieser Punkt. In Ihrer Nummer 5 des Antrages fordern Sie Gütesiegel für die zu überwachenden Betriebe. Was Sie damit anstreben, nicht beanstandeten Betrieben ein Gütesiegel zu verleihen, ist hanebüchen. Indirekt werden dadurch Betriebe, die schlampig arbeiten und kritisiert werden, ermutigt,

weiter zu arbeiten. Nach unserer Philosophie müssen solche Betriebe geschlossen werden. Eine mögliche Inflation von Gütesiegeln kann nicht in unserem Sinne sein. Die Kontrolle der Einhaltung der Kriterien dazu wäre praktisch ein neues Beschäftigungsprogramm.

Herr Kollege Wörner, ich unterstelle Ihnen, Sie haben diesen Antrag nur deswegen hochgezogen, um im öffentlichen Dienst eine eigene Laufbahn einzurichten. Ich kann Ihnen nur sagen, dass Sie mit der in Nummer 6 Ihres Antrages enthaltenen Sonderlaufbahn keinen Stich machen. Es gibt nämlich schon eine Sonderlaufbahn für Verbraucherschützer bei Neueinstellungen, allerdings nicht für bereits Beschäftigte. Darüber müsste eventuell noch diskutiert werden, das ist aber nicht von zentraler Bedeutung.

Ich darf zum Schluss kommen. Die Lebensmittelüberwachung und der Verbraucherschutz liegen in Bayern in guten Händen, nämlich in den Händen der Staatsregierung, insbesondere unseres Ministers Eberhard Sinner. Diverse Punkte in Ihrem Antrag werden ohnehin bereits erfüllt. Weiterer Forderungen bedarf es nicht, weil dies kontraproduktiv wäre. Ich meine Ihre Forderungen nach einem Gütesiegel und der Ausstattung der Beamten mit Laptops. Deswegen sollte dieser Antrag heute mit großer Geschlossenheit abgelehnt werden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf die Angriffe von Herrn Wörner auf Herrn Staatsminister bezüglich des Laptops antworten. Der Ältestenrat hat am 16. Mai 2001 beschlossen, im Plenarsaal 32 Anschlüsse für die Benutzung von Laptops zu schaffen.

„Nach Auffassung des Ältestenrates sollten über die bereits verlegten EDV-Netzwerkanschlüsse hinaus bis zum Neubau des Plenarsaals keine weiteren Investitionen in EDV-technischer Hinsicht getätigt werden. Allerdings“ – und das ist das Entscheidende – „soll die Möglichkeit bestehen, die vorhandenen Anschlüsse auf Wunsch zu nutzen.“

Damit, meine ich, ist dieser Angriff ins Leere gegangen.

(Dr. Hahnzog (SPD): Was nützt es, wenn nur der Laptop dasteht und nicht der Mensch dahinter ist! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Wir wollen uns jetzt nicht mit Erbsenzählerei befassen. Ich habe auch in der Geschäftsordnung nachgelesen: Herr Hahnzog, über einen Antrag muss, auch wenn keine Gegenrede erfolgt, grundsätzlich abgestimmt werden. Sie hatten zuvor gesagt, die Abstimmung sei nicht notwendig.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hahnzog (SPD))

– Nein, es muss grundsätzlich abgestimmt werden.

Als nächsten Redner rufe ich Herrn Dr. Dürr auf.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das persönliche Erscheinen von Minister Sinner hat uns jetzt veranlasst, doch noch einen Redebeitrag abzugeben. Unser Votum lautet: Ja mei!

(Unruhe)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Wörner, war das jetzt eine Wortmeldung? – Dann bitte.

Wörner (SPD): Frau Präsidentin! Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass die Kritik nicht dem Laptop galt, der auf dem Tisch stand, sondern sie galt – das können Sie im Protokoll nachlesen – der Nichtanwesenheit des Ministers.

(Zuruf von der CSU)

Ich habe lediglich festgestellt, dass ich mit einem virtuellen Minister nicht sprechen will. Das ist Punkt eins.

(Zurufe von der CSU)

Punkt zwei. Ich finde es schon toll, Herr Kollege, dass Sie Anträge offensichtlich so interpretieren, wie es Ihnen gefällt. Das verstehe ich ja gerade noch.

(Zuruf von der CSU: Sie haben draußen aber etwas anderes gesagt!)

Ich empfehle Ihnen wirklich, den Antrag noch einmal zu lesen. Dann würden Sie nämlich feststellen, dass das mit dem Gütesiegel nicht so ist, wie Sie behaupten. Im Gegenteil: Der soll das Gütesiegel bekommen, der es verdient hat. Und der es nicht verdient hat, bekommt es nicht. So einfach ist es.

Im Übrigen, wer mit der Siegelei angefangen hat, das waren doch nicht wir von der SPD. Wer die Gütesiegelei zum Wildwuchs hat werden lassen, das sind doch Sie gewesen. Und was haben Sie damit erreicht? Nichts! Weil Sie immer auf freiwillige Selbstkontrolle setzen und nie dort, wo es notwendig ist, sauber kontrolliert wird. Da Sie jetzt Minister Sinner loben, wie toll er das macht, sage ich nur: BSE!

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zu Teilen. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 10

Eingabe betreffend Änderung des Landesentwicklungsprogramms;

Herausnahme der Trasse der A 94 im Isental (LU.0356.14)

Mit der Eingabe hat sich der Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen in seiner Sitzung am 6. Dezember 2001 befasst und beschlossen, diese gemäß § 84 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat fristgerecht gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Die erste Wortmeldung: Frau Paulig.

Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir konzentriert und sehr zielgerichtet vorgehen, schaffen wir die namentliche Abstimmung bis 19.00 Uhr.

Die Petition wurde von den GRÜNEN ins Plenum geholt, weil wir es für sehr, sehr wichtig halten, auch die Abstimmungsvoten der einzelnen CSU-Abgeordneten zu erfahren; denn sie sind ja vor Ort sehr kooperativ mit den Initiativen, sprechen sich für die Berücksichtigung der Umweltbelange aus, und dennoch lehnen sie hier diese Petition ab.

Die Petition hat Aktualität. Dass jetzt für ein Teilstück der Isental-Trasse der Planfeststellungsbeschluss von der Regierung von Oberbayern erteilt wurde, wird von den Initiativen, die sich in einem Aktionsbündnis mit Landwirten und Gemeinden zusammengefunden haben, begrüßt; denn jetzt ist es endlich möglich, gegen diesen Beschluss auch gerichtlich durch alle Instanzen vorzugehen.

Die vorliegende Petition des Bund Naturschutzes vom April 2001 fordert die Staatsregierung auf, die Festlegung der Isental-Trasse bei der Autobahn A 94 aus dem Landesentwicklungsprogramm herauszunehmen. Das ist richtig und wichtig so; denn es gibt im Landesentwicklungsprogramm für die Trassen, die zur Planung anstehen, keine Festlegung des Verlaufs, sondern es werden immer nur die Anfangs- und Endpunkte dieser Trassen genannt. Es gibt im LEP 17 Trassen, bei denen dieses Prinzip ganz klar eingehalten ist, nur für die Isental-Trasse wollen Sie eine Trassenfestlegung, obwohl alle inhaltlichen Gesichtspunkte dagegen sprechen.

Ich darf das kurz ausführen. Sie wissen, dass sich der Bund Naturschutz für die Trasse Haag ausspricht, dass er gegen diese Trasse nicht gerichtlich vorgehen wird, sondern will, dass hier schnellstmöglich ein Ausbau der B 12 bzw. dann der Anschluss an die A 94 erfolgen kann. Wenn Sie wirklich die Verkehrsproblematik in dieser Region lösen wollen, dann sollten Sie sich für die Trasse Haag und den Ausbau der B 12 entscheiden; denn dann ließen sich die Probleme schnell in den Griff bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis zum jetzigen Planfeststellungsbeschluss hat es 14 Jahre gedauert. Seit 1988 wird an diesem Planfeststellungsbeschluss herumgebastelt. Dieser Tage wurde er erlassen. Das zeigt doch, wie problematisch diese Trasse ist.

(Zuruf des Abgeordneten Ach (CSU))

Wenn Sie sich die Inhalte anschauen, dann sehen Sie, dass alles für die Trasse Haag spricht. Das hat das Landesamt für Umweltschutz festgestellt, das hat auch die Autobahndirektion selbst festgestellt. Zahlreiche Argumente sprechen für die Trasse Haag. Ich darf einige anführen.

Durch die Trasse über Dorfen durchs Isental werden doppelt so viele Menschen vom Lärm betroffen wie durch die Trasse über Haag. – Die Trasse Haag führt schneller zu einer Entlastung der B 12. – Die knappen Haushaltsmittel sind besser angelegt, so die Autobahndirektion Südbayern. – Die Trasse Dorfen/Isental ist die schlechtere Trasse für die Landwirtschaft; hier kommt es zu erheblichen strukturellen Nachteilen, dies stellt ebenfalls die Autobahndirektion Südbayern fest. – Die Trasse Isental zerstört wesentlich mehr Erholungsräume – mit dem Faktor 3 – als die Trasse Haag. – Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ist zehnmal stärker als bei der Trasse Haag, so das Landesamt für Umweltschutz. Die Wälder werden wesentlich stärker zerschnitten, unbelastete Waldbereiche, so das Landesamt für Umweltschutz zur Trasse Isental. Ich frage Sie: Wie können Sie im Landesentwicklungsprogramm eine so zweifelhafte Trasse festlegen und durchdrücken – gegen die rechtlichen Festlegungen im Landesentwicklungsprogramm, gegen die Inhalte, die bei der Umweltverträglichkeitsprüfung, beim Raumordnungsverfahren festgestellt wurden?

Wir bitten daher um Berücksichtigung dieser Petition und um Ablehnung des Beschlusses des Umweltausschusses.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Prof. Dr. Vocke.

Prof. Dr. Vocke (CSU): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Paulig, ich habe den Eindruck, die Diskussion um die A 94 droht allmählich zu einer unendlichen Geschichte zu werden.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, es ist doch so. Es geht Ihnen doch nicht um die Sache. Das muss ich endlich einmal deutlich sagen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich rede hier, nicht Sie! – Es geht Ihnen hier einzig und allein immer wieder um Destruktionspolitik. Das muss ich ganz deutlich ansprechen.

(Beifall bei der CSU)

Es wird geplant, geplant und geplant. Es muss aber endlich auch einmal entschieden werden.

(Beifall bei der CSU)

Die Bürger verstehen einfach nicht mehr, was hier vorgeht. Ich weiß nicht, wie oft Sie auf der B 12 gefahren sind. Die ist eine lebensgefährliche Strecke. Sie versündigen sich an den Menschen, den Tieren und auch an der Umwelt. Es wird höchste Zeit, dass die Autobahn gebaut wird!

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Vocke (CSU): Nein, ich habe nur fünf Minuten Redezeit. Da nehme ich keine Zwischenfragen an.

Es kann sein, was will: Wenn Straßen gebaut werden sollen, sagen Sie Nein. Wenn Schienen gebaut werden sollen, sagen Sie Nein. Wenn irgendwo Wasserstraßen gebaut werden sollen, sagen Sie Nein. Wenn der Transrapid gebaut werden soll, sagen Sie Nein. Sie sagen nur Nein. Ich höre niemals ein konstruktives Ja.

(Beifall bei der CSU – Lachen und Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Da können Sie lachen, so viel Sie wollen, ich bleibe dabei. Ihr Verhalten ist auch der Grund, weshalb die Bürger teilweise am Staat und an uns verzweifeln. Es wundert mich gar nicht, dass man immer gegen Sie wählt. Ich hoffe, dass das so bleibt.

Darum sage ich: Die CSU-Fraktion lehnt diese Petition ab.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Schieder.

Frau Marianne Schieder (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, polemische Sprüche sind dem Inhalt der Petition nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

– Hören Sie mir bitte zu. Es ist eher angebracht, zur Sache zurückzukehren. Da liegt es mir als Oberpfälzerin wirklich fern, mich in die ganze Streitigkeit um die Trassenfestlegung der A 94 einzumischen.

(Zurufe von der CSU)

Aber ich stelle als Juristin fest, dass es nicht richtig ist, im Landesentwicklungsprogramm eine Trassenfestlegung für eine Bundesautobahn durchzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Marianne Schieder (SPD): Ich verstehe Ihre Aufregung jetzt nicht. Denn es gibt für keine andere Bundesautobahn eine Trassenfestlegung im Landesentwicklungsprogramm. Dort wird die A 6 als ganz normales Projekt beschrieben. Auch die erwähnte A 9 ist dort als Projekt beschrieben. Man könnte noch viele andere Autobahnen nennen. Ich halte es für völlig unangebracht und für rechtlich äußerst problematisch, wenn im Landesentwicklungsprogramm konkrete Trassenfestlegungen vorgenommen werden.

Ich will Ihnen dafür auch die Gründe nennen. Wir sagen der Bevölkerung zu Recht – und müssen es ihr auch sagen –, dass die Trassenfestlegungen keine politischen Festlegungen sind, dass nicht Parlamente und Ministerien dafür zuständig sind, Trassen festzulegen, sondern dass die Regierung die Zuständigkeit hat, im Rahmen eines genau geregelten Planfeststellungsverfahrens die Trassenfestlegungen vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass dieses Verfahren eingehalten wird, und muss darauf vertrauen können, dass diese Planfeststellungsverfahren sachgerecht und ergebnisoffen durchgeführt werden. Alle Alternativen müssen sachgerecht untersucht werden. Dann muss aufgrund einer sachlichen Abwägung der Planfeststellungsbeschluss ergehen.

Wenn Sie dabei bleiben, diese Trassenfestlegungen im Landesentwicklungsprogramm zu belassen, dann dürfen alle Betroffenen zu Recht sagen, dass hier eine einseitige, politisch motivierte Vorfestlegung stattfindet, die dazu dienen soll, die Regierung und die Gerichte zu beeinflussen. So knallhart muss man es sagen.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie gesagt haben, Herr Dr. Vocke, war nicht richtig. Wer ist denn daran schuld, dass das betreffende Planfeststellungsverfahren erst jetzt beendet wurde? Das ist doch nicht die SPD und sind auch nicht die GRÜNEN. Diesen Vorwurf müssen Sie an die Regierung von Oberbayern und an die Staatsregierung als die vorgesetzte Dienstbehörde richten. Da wäre Ihre Schelte angebracht, aber nicht hier in politischen Attacken gegen die Petenten.

Im Interesse der Pflege des Vertrauens zur Bevölkerung kann ich Sie nur darum bitten, dass es zu einem ordnungsgemäß durchgeführten Planfeststellungsverfahren kommt. Diese Trassenfestlegung muss aus dem Landesentwicklungsprogramm herausgenommen werden. Für die Trassenfestlegung muss der dafür rechtlich festgelegte Weg gewählt werden. Das Planfeststellungsverfahren ist jetzt im Gange. Auf dem Klageweg wird zu überprüfen sein, ob es richtig war, die Isental-Trasse zu wählen, oder ob es nicht richtig war. Jedenfalls gehört

dieser Trassenstreit nicht in das Landesentwicklungsprogramm hinein. Das ist rechtlich eindeutig. Der Streit muss da herausgehalten werden.

Es ist an der Regierung von Oberbayern und an der Staatsregierung, diese unendliche Geschichte auf dem rechtlich dafür vorgesehenen Weg zu beenden.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Paulig.

Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Minute habe ich noch. Nach dem qualifizierten Redebeitrag des Herrn Dr. Vocke sei mir erlaubt, Folgendes auszuführen.

Der Bund Naturschutz sagt Ja zu einem vierstreifigen Bundesfernstraßenausbau bei der A 94/B 12. Er sagt Ja und wird dagegen keine Rechtsmittel einlegen. Was Sie wollen, wird weitere Verzögerungen bedeuten. Es ist nicht die Schuld des Bundes Naturschutz, dass ein Planfeststellungsbeschluss für ein 6 Kilometer langes Teilstück 14 Jahre dauert und 1991 zwar ein Raumordnungsverfahren abgeschlossen wurde, aber bis heute nichts Konkretes dabei herausgekommen ist.

Schließlich geht es bei dieser Petition und bei diesem exemplarischen Fall um die Zerstörung einer einmaligen Natur- und Kulturlandschaft. Wenn Sie den Menschen, die dort leben, ihre Heimat erhalten wollen, dann stimmen Sie für diese Petition!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 84 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchführen zu lassen. Wer dem Votum des Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen zustimmen will, den bitte ich, die blaue Ja-Karte zu benutzen, für Gegenstimmen die rote Nein-Karte und für Stimmenthaltungen die weißen Karten. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.58 bis 19.03 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird morgen bekannt gegeben.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung: 19.03 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.03.2002 zum Dringlichkeitsantrag vom 21.02.2002 der Abg. Christine Stahl, Dr. Dürr, Elisabeth Köhler, Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN); Entlassung des Staatsministers Eberhard Sinner (Drucksache 14/8749)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Appelt Dieter	X		
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf		X	
Dr. Beckstein Günther		X	
Berg Irlind	X		
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blöchl Josef		X	
Bocklet Reinhold		X	
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer			
Brandl Max	X		
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brosch Franz		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dingreiter Adolf		X	
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo	X		
Eppeneder Josef		X	
Ettengruber Herbert		X	
Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Falthäuser Kurt		X	
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gartzke Wolfgang	X		
Dr. Gauweiler Peter		X	
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Göppel Josef		X	
Görlitz Erika		X	
Goertz Christine	X		
Dr. Götz Franz	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Grabner Georg		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker			X
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge	X		
Heckel Dieter		X	
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Heinrich Horst			
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hözl Manfred		X	
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin		X	
Hufe Peter	X		
Irlinger Eberhard			
Jetz Stefan		X	
Dr. Jung Thomas			
Dr. Kaiser Heinz			X
Kaul Henning		X	
Kellner Emma	X		
Dr. Kempfler Herbert		X	
Kiesel Robert		X	
Klinger Rudolf		X	
Knauer Christian		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth	X		
Dr. Köhler Heinz			X
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian		X	
Kupka Engelbert		X	
Leeb Hermann			
Leichtle Wilhelm	X		
Lochner-Fischer Monica	X		
Lode Arnulf			
Loscher-Frühwald Friedrich		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz			X
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkl Gerhard		X	
Meyer Franz		X	
Miller Josef		X	
Mirbeth Herbert			
Möstl Fritz			
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann			X
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann		X	
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			X
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner			
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht			X
Schmid Albert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta			
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate	X		
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi			X
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann		X	
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Dr. Stoiber Edmund		X	
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich			
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Vogel Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto		X	
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zehetmair Hans		X	
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	64	110	8

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.03.2002 zum Dringlichkeitsantrag vom 21.02.2002 der Abg. Maget, Starzmann und Fraktion (SPD); Entlassung der Staatsminister Eberhard Sinner und Josef Miller; Neuordnung der entsprechenden Geschäftsbereiche (Drucksache 14/8755)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Appelt Dieter	X		
Dr. Baumann Dorle	X		
Beck Adolf		X	
Dr. Beckstein Günther		X	
Berg Irlind	X		
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blöchl Josef		X	
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		X	
Boutter Rainer			
Brandl Max	X		
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brosch Franz		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dingreiter Adolf		X	
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Egleder Udo	X		
Eppeneder Josef		X	
Ettengruber Herbert		X	
Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Falthäuser Kurt		X	
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Franzke Dietmar	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gartzke Wolfgang	X		
Dr. Gauweiler Peter		X	
Geiger Hermann	X		
Glück Alois		X	
Göppel Josef		X	
Görlitz Erika		X	
Goertz Christine			
Dr. Götz Franz	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Grabner Georg		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haedke Joachim		X	
Dr. Hahnzog Klaus	X		
Hartenstein Volker			X
Hartmann Gerhard	X		
Hausmann Heinz		X	
Hecht Inge	X		
Heckel Dieter		X	
Hecker Annemarie		X	
Heike Jürgen W.		X	
Heinrich Horst			
Herrmann Joachim		X	
Hirschmann Anne	X		
Hoderlein Wolfgang	X		
Hözl Manfred		X	
Hofmann Walter		X	
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin		X	
Hufe Peter	X		
Irlinger Eberhard			
Jetz Stefan		X	
Dr. Jung Thomas			
Dr. Kaiser Heinz			X
Kaul Henning		X	
Kellner Emma	X		
Dr. Kempfler Herbert		X	
Kiesel Robert		X	
Klinger Rudolf		X	
Knauer Christian		X	
Kobler Konrad		X	
Köhler Elisabeth	X		
Dr. Köhler Heinz			X
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kuchenbaur Sebastian		X	
Kupka Engelbert		X	
Leeb Hermann			
Leichtle Wilhelm	X		
Lochner-Fischer Monica	X		
Lode Arnulf			
Loscher-Frühwald Friedrich			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz			X
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkl Gerhard		X	
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Mirbeth Herbert			
Möstl Fritz			
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann		X	
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			X
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner			
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht			X
Schmid Albert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta			
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate	X		
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi			X
Stahl Christine		X	
Stahl Georg	X		
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann		X	
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Dr. Stoiber Edmund		X	
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich			
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Vogel Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto		X	
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zehetmair Hans		X	
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	65	108	7

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.03.2002 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Werner-Muggendorfer, Maget, Renate Schmidt, Schultz und Fraktion (SPD); Kinder und Beruf vereinbaren! – (Drucksache 14/8993)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X		Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter	X			Guckert Helmut		X	
Dr. Baumann Dorle	X			Güller Harald	X		
Beck Adolf		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Beckstein Günther				Haedke Joachim		X	
Berg Irlind	X			Dr. Hahnzog Klaus	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartenstein Volker	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Gerhard	X		
Blöchl Josef		X		Hausmann Heinz		X	
Bocklet Reinhold				Hecht Inge	X		
Böhm Johann		X		Heckel Dieter		X	
Boutter Rainer				Hecker Annemarie		X	
Brandl Max	X			Heike Jürgen W.		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Heinrich Horst			
Brosch Franz		X		Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Hirschmann Anne	X		
Christ Manfred		X		Hoderlein Wolfgang	X		
Deml Marianne		X		Hözl Manfred			
Dingreiter Adolf		X		Hofmann Walter		X	
Dodell Renate		X		Hohlmeier Monika			
Donhauser Heinz		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Hufe Peter	X		
Eck Gerhard		X		Irlinger Eberhard			
Eckstein Kurt		X		Jetz Stefan		X	
Egleder Udo	X			Dr. Jung Thomas			
Eppeneder Josef		X		Dr. Kaiser Heinz	X		
Ettengruber Herbert		X		Kaul Henning		X	
Dr. Eykmann Walter				Kellner Emma	X		
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Dr. Kempfler Herbert		X	
Dr. Fickler Ingrid		X		Kiesel Robert		X	
Fischer Herbert		X		Klinger Rudolf		X	
Franzke Dietmar	X			Knauer Christian			
Freller Karl		X		Kobler Konrad		X	
Gabsteiger Günter		X		Köhler Elisabeth	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Köhler Heinz	X		
Gartzke Wolfgang	X			König Alexander		X	
Dr. Gauweiler Peter				Kränzle Bernd			
Geiger Hermann	X			Kreidl Jakob		X	
Glück Alois		X		Kreuzer Thomas		X	
Göppel Josef				Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Görlitz Erika		X		Kuchenbaur Sebastian		X	
Goertz Christine	X			Kupka Engelbert		X	
Dr. Götz Franz	X			Leeb Hermann		X	
Dr. Goppel Thomas		X		Leichtle Wilhelm	X		
Gote Ulrike	X			Lochner-Fischer Monica	X		
Grabner Georg				Lode Arnulf			
				Loscher-Frühwald Friedrich		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz			
Prof. Männle Ursula		X	
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkel Gerhard		X	
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Mirbeth Herbert			
Möstl Fritz			
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert			
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann		X	
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred			
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner			
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta			
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko			
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann			
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich			
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Voget Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	67	89	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.01.2002 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Unterländer, Kobler, Dingreiter und Fraktion (CSU) Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit (Drucksache 14/8994)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred	X			Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter	X			Guckert Helmut			
				Güller Harald	X		
Dr. Baumann Dorle	X			Guttenberger Petra	X		
Beck Adolf	X						
Dr. Beckstein Günther				Haedke Joachim	X		
Berg Irlind	X			Dr. Hahnzog Klaus	X		
Dr. Bernhard Otmar	X			Hartenstein Volker	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Gerhard	X		
Blöchl Josef	X			Hausmann Heinz	X		
Bocklet Reinhold				Hecht Inge	X		
Böhm Johann	X			Heckel Dieter	X		
Boutter Rainer				Hecker Annemarie	X		
Brandl Max	X			Heike Jürgen W.	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X			Heinrich Horst			
Brosch Franz	X			Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut	X			Hirschmann Anne	X		
				Hoderlein Wolfgang	X		
Christ Manfred	X			Hözl Manfred			
				Hofmann Walter	X		
Deml Marianne	X			Hohlmeier Monika			
Dingreiter Adolf	X			Huber Erwin	X		
Dodell Renate	X			Hufe Peter	X		
Donhauser Heinz	X						
Dr. Dürr Sepp	X			Irlinger Eberhard			
Eck Gerhard	X			Jetz Stefan	X		
Eckstein Kurt	X			Dr. Jung Thomas			
Egleder Udo	X						
Eppeneder Josef	X			Dr. Kaiser Heinz	X		
Ettengruber Herbert	X			Kaul Henning			
Dr. Eykman Walter				Kellner Emma			X
				Dr. Kempfner Herbert	X		
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Kiesel Robert	X		
Dr. Fickler Ingrid	X			Klinger Rudolf	X		
Fischer Herbert	X			Knauer Christian			
Franzke Dietmar	X			Kobler Konrad	X		
Freller Karl	X			Köhler Elisabeth	X		
				Dr. Köhler Heinz	X		
Gabsteiger Günter	X			König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd			
Gartzke Wolfgang	X			Kreidl Jakob			
Dr. Gauweiler Peter				Kreuzer Thomas	X		
Geiger Hermann	X			Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Glück Alois	X			Kuchenbaur Sebastian	X		
Göppel Josef				Kupka Engelbert	X		
Görlitz Erika	X						
Goertz Christine	X			Leeb Hermann	X		
Dr. Götz Franz	X			Leichtle Wilhelm	X		
Dr. Goppel Thomas	X			Lochner-Fischer Monica	X		
Gote Ulrike			X	Lode Arnulf			
Grabner Georg				Loscher-Frühwald Friedrich	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz			
Prof. Männle Ursula	X		
Matschl Christa	X		
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann			
Dr. Merkl Gerhard	X		
Meyer Franz	X		
Miller Josef			
Mirbeth Herbert			
Möstl Fritz			
Dr. Müller Helmut	X		
Müller Herbert			
Müller Willi	X		
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann	X		
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard	X		
Obermeier Thomas	X		
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf	X		
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp	X		
Freiherr von Redwitz Eugen	X		
Regensburger Hermann	X		
Reisinger Alfred	X		
Riess Roswitha	X		
Ritter Ludwig	X		
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian	X		
Rotter Eberhard	X		
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich	X		
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus	X		
Sauter Alfred			
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner			
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta			
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmidt Renate	X		
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Siegfried	X		
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut	X		
Dr. Schumann Manfred	X		
Schultz Heiko			
Schweder Christl	X		
Schweiger Rita	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg	X		
Stamm Barbara	X		
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann			
Stewens Christa	X		
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max	X		
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius	X		
Traublinger Heinrich			
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim	X		
Prof. Dr. Vocke Jürgen	X		
Vogel Wolfgang			
Vogel Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard	X		
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul	X		
Winter Georg	X		
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons			
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	151	0	2